

Annoncen  
Annahme-Bureaus  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
zu Gnesen bei Th. Spindler,  
zu Grätz bei T. Steelsand,  
zu Breslau b. Emil Rabath.

# Posener Zeitung.

## Einundachtzigster Jahrgang.

Nr. 184.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Städte Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen zu nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Donnerstag, 14. März  
(Erscheint täglich dreimal.)

Bürozeuge 20 Pf. die jährliche Beitragsliste oder den Raum, Nellamen die Zeitzeile 50 Pf. und an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 1 Uhr erscheinende Ausgabe bis 12 Uhr Nachmittag angenommen.

1878

### Oesterreich und die orientalische Frage.

Das österreichische Rothbuch (das vom 16. Mai 1873 bis zum Kriegsausbruch reicht), welches die Forderung des Kredites von 60 Millionen begleitet, bildet einen starken Quarnthand und enthält zunächst eintausend und dreihundachtig nummerierte Urkunden, abgeheftet von einer größeren Anzahl Altstücke, die in einem „Anhang“ zusammengefaßt sind.

Das endgültige Fassenlassen des Berliner Memorandum von Seiten des Wiener Kabinetts wird durch eine Note des Grafen Andrássy an den Grafen Karolyi in Berlin vom 27. Juni 1876 bezeichnet. Es heißt darin:

„Lord Derby habe mitttheilen lassen, er wolle fürs erste die Ergebnisse einer eventuellen kriegerischen Aktion im Orient abwarten. Gleichzeitig hätte Fürst Gortschakow die Idee angeregt, daß die Autonomisierung der auständischen türkischen Provinzen sofort und durch eine diplomatische Intervention Europas, bei welcher England der Vortritt zu überlassen wäre, durchgeführt werden solle. Graf Andrássy kann sich mit dem Gedanken einer Autonomisierung Bosniens und der Herzegowina nicht befriedigen.“

„Sie würde nach seiner Überzeugung den Vernichtungskampf zwischen den Christen und den Moslemern entfesseln, und Oesterreich hätte die Aussicht, daß sich letztere im Falle ihrer Überwältigung gerade so auf sein Gebiet flüchten würden, als es jetzt die Christen gethan haben. Graf Andrássy erinnert an die Heilige von den beiden Löwen, von denen nichts als die beiden Beide übrig blieben. Er hält also seinen Erlass vom 16. Oktober 1875 in dessen vollem Umfange aufrecht. Die Autonomisierung Bosniens und der Herzegowina würde die Frage nicht nur nicht lokalisieren, sondern vielmehr Bulgarien und andere Provinzen in den Streit hineinzuziehen und letzteren auf das ganze türkische Reich ausdehnen. Ebensoviel aber würde sie die Gefahren der Friedensstörung zum Stillstande bringen. Der Fürst von Serbien und die serbische Autonomei wollen den Krieg, um Bosnien zu annexiren. Und die Aussicht auf die Annexion der Herzegowina beherrscht die kriegerischen Tendenzen des Fürsten von Montenegro. Die Autonomisierung der unzufriedenen Provinzen würde in Wahrheit niemanden zufriedenstellen, am wenigsten den serbischen Vasallenstaat und Montenegro. Graf Andrássy ist also der Meinung, daß, so lang das türkische Reich als Reich besteht und die Frage lokalisiert bleibt, die Schranken des Reformgedankens nicht überschritten werden könnten, ohne die orientalische Frage in ihrem ganzen Umfang in das Rollen zu bringen. Erst wenn Christen und Muselmanen durch längere Zeit durch die von den Mächten vorgeschlagenen Formen des Zusammenlebens an gegenseitige Toleranz sich gewöhnt haben, werde von der Gewährung weiterer Autonomie oder Selbstverwaltung die Ried sein können. Alle übrigen Lösungen seien Lösungen der Gewalt, und da die Insurgenten jetzt nicht mehr Herren ihrer Entscheidungen, sondern an die Haltung der benachbarten Fürstenthümer gebunden seien, so bleibe in der That nichts übrig, als die Entwicklung der Verhältnisse abzuwarten und die künftigen Entschlüsse erst von der konkreten Gestaltung der Thatsachen abhängig zu machen. Soweit also Lord Derby eine Beratung der Frage vor Augen hat, ist Graf Andrássy mit ihm einverstanden; dagegen glaubt er nicht, daß für den Fall der Niederlage der Pforte oder überhaupt in diesem Augenblitc irgend eine bestimmte Lösung außerhalb der bisherigen Abmachungen gesucht und festgestellt werden sollte. Er ist nämlich der Ansicht, daß der eine oder der andere Theil zwar die Kraft besitzen werde, zu siegen, nicht aber die Kraft, alle Konsequenzen aus dem Siege zu ziehen. Dann also werde eine erneute Aktion der Mächte notwendig werden, und für diese rechte er auf das Einverständnis Europas, vor Allem aber und mit voller Zuversicht auf die vertrauensvolle Verständigung der drei Kaiserthümer.“

Über die Reichstädter Zusammenkunft telegraphirt Graf Andrássy am 9. Juli 1876 nach Paris, London und Rom:

„Theilen Sie als Ergebnis der Reichstädter Begegnung vertraulich mit, daß wir mit Beseitigung aller neueren Vorschläge über eingekommen sind, an Nichtintervention unter gegenwärtigen Verhältnissen festzuhalten. Erst wenn die Umstände es erfordern und ein konkreter Fall vorliegen wird, soll ein weiteres vertrauliches Einvernehmen zwischen allen christlichen Großmächten eingeleitet werden.“

Gierauf antwortet Graf Beust unterm 10. Juli:

„Telegramm Euer Exzellenz erhalten. Lord Derby empfing die Mitteilung mit großer Befriedigung und sagte: „Jetzt erst kann ich erklären, daß kein allgemeiner Krieg zu befürchten ist, was hier so sehr beunruhigt.“

Am 3. Oktober 1876 telegraphirt Graf Andrássy über die Mission Sumaroff:

Die Mission des Grafen Sumaroff hat die verschiedensten Auslegungen gefunden. Die Thatache ist folgende: Der General überbrachte ein autographisches Schreiben des Kaisers Alexander, dessen Inhalt sich naturgemäß jeder Mitteilung und Diskussion entzieht. Zugleich hatte derselbe eine Mitteilung der russischen Regierung zu überbringen, welche auch den anderen Kabinetten zugegangen ist. Sie enthielt den Vorschlag einer Besetzung Bulgariens durch russische und Bosniens durch unsere Truppen, unter gleichzeitigem Erscheinen der großmächtlichen Flotten im Bosporus, als Mittel, die Pforte zur Annahme der Friedensbedingungen zu zwingen und Massakres vorzubeugen. Wir können den ersten Theil dieses Vorschlags nicht als geeignet erachten, um diese beiden Zwecke zu erreichen, waren daher nicht in der Lage, ihn anzunehmen. Andererseits glauben wir, daß, insofern im Laufe der Verhandlungen die Notwendigkeit eines Zwangsmittels sich herausstellen sollte, die Action der vereinigten Flotten im Zentrum selbst das geeignete Mittel wäre.“

In dem folgenden Telegramm des Grafen Andrássy vom 8. Oktober 1876 ist die ganze Geschichte der Konferenz von Konstantinopel vorgezeichnet:

Sir Andrew Buchanan hat mir den Vorschlag Englands bezüglich einer Konferenz mitgetheilt. Ich habe ihm meine Bedenken nicht verschwiegen. Alle in meinem Gespräch mit Herrn v. Nivokow enthaltenen Einwendungen, welche auch Lord Derby theilte, behalten ihre Geltung. Neue treten hinzu. Erläutern Sie ihrerseits, daß wir von einer Konferenz vor Klärung gewisser Fragen keine ersprießlichen Folgen erwarten, daß wir aber der Action des Lord Derby kein Hindernis bereiten möchten und daher einen Ideenaustausch aufrichtig wünschen.“

Sir Andrew Buchanan hat mir den Vorschlag Englands bezüglich einer Konferenz mitgetheilt. Ich habe ihm meine Bedenken nicht verschwiegen. Alle in meinem Gespräch mit Herrn v. Nivokow enthaltenen Einwendungen, welche auch Lord Derby theilte, behalten ihre Geltung. Neue treten hinzu. Erläutern Sie ihrerseits, daß wir von einer Konferenz vor Klärung gewisser Fragen keine ersprießlichen Folgen erwarten, daß wir aber der Action des Lord Derby kein Hindernis bereiten möchten und daher einen Ideenaustausch aufrichtig wünschen.“

Spezieller Zweck dieser Konferenz wäre nicht Vereinbarung über den zu schaffenden Zustand, denn über die Friedensbedingungen sind alle Mächte einig. Es handelt sich vielmehr um die Mittel, diese Bedingungen trotz der Weigerung der Pforte durchzuführen. Hierbei sind nur zwei Fälle möglich. Entweder soll die Türkei an der Konferenz teilnehmen; dann ist nicht zu hoffen, daß sie als gleichberechtigtes Mitglied von einer Konferenz, in der wahrscheinlich auch Meinungs-differenzen auftauchen werden, sich Bedingungen auferlegen lasse, welche sie der einmütigen Forderung der Großmächte veragt hat; — oder sie wird ausgeschlossen, dann ist es möglich, daß sie die Beschlüsse der Konferenz überhaupt zurückweist und wir sieben wieder vor der Frage, welche England ~~wollt~~ vermieden seien will, nämlich vor der Frage der Zwangsmittel. Ein weiteres Bedenken ist folgendes: Wenn eine Konferenz Beschlüsse fäkt, welche die Türkei nicht annimmt und es dann bei der von Lord Derby gewünschten „sanften Gewalt“ ohne jede materielle Sanktion verbleibt, so würde es dem Kaiser von Russland, der persönlich von friedlichen Absichten beseelt ist, unmöglich werden, der Strömung zu widerstehen, welche ihn schon lange zur Intervention drängt.

Vor Allem aber müßte jedenfalls festgestellt werden: 1) Ob die Pforte an der Konferenz teilnehmen soll oder nicht? 2) Wo die Konferenz stattfinden soll? 3) Ob sie aus den leitenden Ministern oder Bevollmächtigten der Regierungen zu bestehen hätte? 4) Welches das Programm der Konferenz wäre? Von der Klärung dieser Fragen und Bedenken müßten wir unsere Zustimmung zu dem Konferenzprozel abhängig machen. Bis dahin scheint es uns wenig ratslich, den einmal betretenen Weg zu verlassen; speziell glauben wir, daß die mehrfach erwähnte Kommission in Konstantinopel im Verein mit einem vier- oder sechswöchentlichen Waffenstillstand mehr Chancen für den Frieden bieten würde. Eure Exzellenz wollen Lord Derby gegenüber sich in diesem Sinne äußern.“

Zur Vorgeschichte des Londoner Protokolls ist folgendes Telegramm vom 28. März 1877 bemerkenswert:

Ich stelle Euer Excellenz das Resultat meiner Besprechungen mit General Ignatiess. Ich habe ihm mitgetheilt, daß ich folgende Lösung für die zweitmöglichste halte.

Nach Unterzeichnung des Protokolls, über dessen Inhalt keine erhebliche Differenz besteht, sollte Kaiser Alexander seinen Botschafter in London zu einer Erklärung instruieren, welche ungefähr lautete:

„Da das soeben unterzeichnete Protokoll nochmals die Übereinstimmung Europas konstatte, behält sich Se. Majestät Kaiser Alexander vor, die Demobilisierung seiner Armeen alsbald anzuordnen, sowie er die Überzeugung erlangt haben wird, daß die Hohe Pforte die ernsthafte Absicht hat, den einstimmigen Rathschlagen der Garantiemächte Folge zu geben.“

Auf diese nach Unterzeichnung des Protokolls abgegebene Erklärung würde das Protokoll der Pforte mitgetheilt, und nachdem letztere sich bereit erklärt hätte, den Rathschlagen der Mächte nachzukommen, würde Russland zur Demobilisierung schreiten. Meine Gründe sind folgende: 1. Bin ich trotz der Londoner Verhandlungen überzeugt, daß Russland die Abrüstung wünscht; 2. habe ich die Überzeugung, daß Kaiser Alexander die vom englischen Kabinett vorgeschlagene Form nicht annehmen würde; 3. halte ich es auch nicht für möglich, daß bei der russischen Absicht, die Abrüstung von dem Frieden mit Montenegro, von der thätsächlicher Abrüstung abhängig zu machen, der Friede erreicht werden könnte; 4. würde auf dem von mir bezeichneten Wege, ob Russland oder Türkei früher demobilisieren sollte, vermieden, und dies ist von Gewicht, da eben die Diskussion dieser Frage, in welcher Form immer sie zwischen Russland und Pforte aufs Tapet kommt, es beiden sehr schwer machen würde, nachzugeben, und daher, trotz des entschiedenen Friedenswunsches beider Theile, noch immer Kriegsgefahr in sich birgt.“

Ich habe General Ignatiess diese meine Ansichtung mitgetheilt und hinzugefügt: Ich habe nichts, eine Initiative zur Herbeiführung einer solchen Lösung zu ergreifen. Wir würden jedem anderen Einverständnisse zwischen England und Russland zustimmen. Wir seien auch bereit, dem englischen Kabinete mitzuteilen, daß uns das Verlangen nach einem vorgängigen Abrüstungsvertrag des Zaren, welches dem Parlamente vorgelegt würde, nicht annehmbar scheine. Ich habe dem General zugleich erklärt, daß wir bereit wären, den von mir bezeichneten Modus in England förmlich vorzuschlagen, jedoch nur, wenn das Petersburger Kabinet den Wunsch darnach zu erkennen gebe.

General Ignatiess erklärte sich mit meiner Ansichtung persönlich einverstanden, und hat in diesem Sinne telegraphisch bei seiner Regierung angefragt, bis zu seiner Abreise jedoch keinen Bescheid erhalten. Vor seiner Abreise hat er mir jedoch das Schmalloffsche Projekt mitgetheilt, auf welches sich Euer Excellenz Telegramm bezieht. Wenn England dasselbe annehmen sollte, schließen wie uns jedenfalls an. Doch sehe ich darin die Gefahr, daß die Demobilisierung zwischen Russland und Pforte direkt zur Diskussion kommt, und dann scheint mir, wie ich die heutigen Dispositionen der Türkei kenne, die Frage, wer zuerst abrüsten solle, die imminenteste Kriegsgefahr zu bergen.“

Über die Ablehnung des Londoner Protokolls erklärt Graf Andrássy am 6. April dem Vertreter in Konstantinopel:

Er sei erstaunt darüber, daß der Minister-Konsul das londoner Protokoll erniedrigend finde. Wenn die Pforte bedenkt, daß sie die Wünsche der europäischen Konferenz zu rückwies und daß nach diesem Refus Europa sich begnügt, das zu verlangen, was sie selbst zugesetzten, so muß sie einsehen, daß hierin nichts liegt, was ihrer Würde und Unabhängigkeit im Geringsten nachtrüte. Er räth der Pforte, die Unterhandlungen mit Montenegro nicht abzubrechen. Österreich habe keine Ursache, auf eine Vergrößerung Montenegros hinzuwirken. Dagegen spricht sich Graf Andrássy gegen eine europäische Friedenskommission aus. Österreich sehe in dem Protokoll nichts für die Türkei Gefährliches oder Erniedrigendes, würde aber in der Zurückweisung derselben eine Gefahr für den Frieden Europas erblicken. Freiherr v. Herbert möge daher zur Annahme raten. Dieser Rath wurde nur im Interesse der Türkei ertheilt, da Österreich bei einem Kriege zwischen Russland und der Türkei in der Lage sein werde, seine Interessen in jeder Richtung gegen Schädigung zu wahren.“

Die Situation unmittelbar vor dem Kriegsausbruch bezeichnet folgendes Telegramm vom 22. April 1877 an den Grafen Beust in London:

Sir Andrew Buchanan teilt mir mit, Layard habe mit dem Großvater Unterredung gehabt, worin Letzterer den Krieg für unver-

meidlich erklärte, außer wenn die Mächte durch formelle Mediation die Frage zu schlichten versuchen. Die Pforte wäre in diesem Falle zur Abrüstung geneigt. Lord Derby erklärt sich bereit, in dieser Richtung vorzugehen, wenn die Mächte sich anschließen und Russland zustimme. Ich habe Sir Andrew erwidert, daß wir erst in den letzten Tagen einen legitimen Vermittlungsversuch in St. Petersburg gemacht. Wir haben vorgeschlagen, daß die Mächte der Pforte Entfernung eines Bevollmächtigten annehmen, welcher den Czar in Kischewo nach früherer Empflogenheit im Namen des Sultans begrüßen und Vollmacht zur Verhandlung über Abrüstung haben sollte. Fürst Gotschow antwortete, daß es zu spät sei. Bei solcher Sachlage fürchte ich, daß eine formelle Mediation nach dem schroffen Refus der Pforte nicht nur kein Resultat ergeben, sondern eher zu Meinungs-verschiedenheiten zwischen den Kabinetten führen könnte, welche die Lokalisierung des Krieges erschweren werden.“

### Deutschland.

△ Berlin, 12. März. Dem Bundesrat ist unter Bezugnahme auf die im Jahre 1872 gemachte gleichartige Mitteilung eine durch das veterinärärztliche Mitglied des Gesundheitsamts ausgearbeitete Denkschrift über das Vorkommen der Rinderpest in Deutschland während der Jahre 1872 bis 1877 und über die bei den Maßregeln zur Abwehr und zur Unterdrückung der Seuche gemachten Erfahrungen vorgelegt worden. Der Denkschrift ist eine Übersicht über die durch die Rinderpest in demselben Zeitraum herbeigeführten Verluste sowie über die durch die Seuche verursachten Kosten beigegeben. Im Ganzen sind 2667 Stück Rindvieh verloren gegangen und haben die Entschädigungsbrüte, welche dem Reiche zur Last gefallen sind, mit Einschluß der Kosten der Desinfektion und der militärischen Hilfe die Summe von 1.777.522 M. erreicht. — Gestern fand beim Fürsten Bismarck ein Ministerrat statt, an welchem der Minister Dr. Friedenthal, obwohl er sich in der Besserung befindet, noch nicht teilnehmen konnte. — Dem Staatsministerium liegt gegenwärtig ein Entwurf vor, welcher bezweckt, mittelst eines preußischen Antrages im Bundesrat eine Gesetzesvorlage im Reichstage einzubringen, welche die Reichsregierung zur Vornahme von Ermittlungen in Betreff der verschiedenen Formen der Taxation steuer (Monopol, amerikanische Fabriksteuer u. s. w.) ermächtigt. — Die neue Kriegs-Sanitätsordnung zerfällt in zwei Bände, deren erster wieder in folgende sechs Abtheilungen zergliedert ist: 1) Kriegs-Sanitätswesen im Allgemeinen; 2) der Sanitätsdienst bei der Feldarmee; 3) der Sanitätsdienst bei dem Etappen- und Eisenbahnenwesen; 4) der Sanitätsdienst bei der Besatzungsarmee; 5) Spezielle Dienstanweisungen für einzelne Dienststellen; 6) Freiwillige Krankenpflege. In einer Anlage ist dem ersten Band der Gesundheitsdienst im Felde als ein sehr wichtiger Theil des Sanitätswesens beigegeben. Der zweite Band enthält Etatsvorschriften u. s. w. Das umfangreiche Werk (611 Druckseiten) behandelt die Gesundheitsfürsorge und den Krankendienst beim Heere in klarer Weise unter Grundlegung früher bewährter Einrichtungen und unter Benutzung aller neuen Verbesserungen. In Folge dessen ist eine Anzahl ganz neuer Sanitätsformationen und Organe notwendig geworden, welche sämlich das Bewußtsein erkennen lassen, die Leiden im Felde, eventuell mit Hilfe freiwilliger patriotischer Fürsorge, zu hindern. Der freiwillige Krankenpflege ist ein großes Feld der Thätigkeit in geordnete Organisation eingerückt worden und damit der Anteil des Einzelnen am Sanitätswesen gesetzlich verbürgt.

○ Berlin, 12. März. Siebzehn Gegenstände standen heute auf der Tagesordnung des Reichstags — das heißt: siebzehn Unbedeutlichkeiten von ebenso vielen Abgeordneten ohne großes Begehr und mehr für die Wähler erörtert. Leider stört das Unbehagen die Ausführlichkeit nicht, und so konnte selbst die lange Sitzung nur zur Erledigung eines Theiles von jenen siebzehn Gegenständen führen. Soweit dieselben den Etat betrafen, fanden überall die beßrlichen Kommissionsanträge und Resolutionen Annahme. Bemerkenswerth sind hier von nur zwei Resolutionen. Die eine verlangt Erörterungen darüber, ob nicht eine Erhöhung des Steuerzuschlages für die städtische Bevölkerung der Bollausschlüsse (Hamburg, Bremen und Altona) angezeigt sei; die andre verlangt vom Reichskanzler eine jährliche Übersicht über den Fortgang der Reichseisenbahnbauten, wie solche dem preußischen Landtag seit geraumer Zeit regelmäßig zugeht. — Sieben Berichte der Wahlprüfungskommission über ebenso viele Wahlkreise hielten nicht sehr lange auf, weil die vorgelommenen Unregelmäßigkeiten überall nicht von solchem Belange waren, um die Ungültigkeitsklärung einer Wahl zu veranlassen. Darunter befand sich auch der Bericht über die gegen die Wahl des Abg. Staudy im 5. Wahlkreise des Reg.-Bez. Gumbinnen eingereichten Protesten, über welche dem Antrag der Wahlprüfungskommission gemäß zur Tagesordnung übergegangen wurde. Um 31 Uhr schon war das Haus der Verhandlungen müde und vertagte sich bis morgen Mittag 12 Uhr, um dann den Rest der heutigen Beratungsgegenstände aufzuarbeiten. Als pièce de resistance befindet sich darunter der sozialdemokratische Antrag, betreffend die Beurlaubung des Abgeordneten Bebel aus seiner Haft während der Dauer der Session und entsprechende Änderung des ersten Absatzes des Artikels 31 der Verfassung.

— Die Nachricht der „Kölner Bzg.“, daß der Reichskanzler in den ersten Tagen dieser Woche sich mit seiner Familie nach Friedrichruhe begeben und erst zu den Konferenzen zurückkehren werde, wird der „Nat.-Bzg.“ als unbegründet bezeichnet. — Ebenso widerspricht die „Kreuz-Bzg.“ den von der „N. Stet. Bzg.“ verbreiteten Gerüchten, als ob lebhafte Anstrengungen gemacht würden, den Brü-

sidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Dr. Herrmann zur Rücknahme seines Entlassungsgesuches zu bestimmen.

Eine Reihe von Gerüchten über Ministerkombinationen, Stimmmungen und Verstimmungen in Regierungskreisen und Abgeordnetenkreisen laufen wieder in einer größeren Anzahl von Blättern um. Die „Nat-Ztg.“ versichert dem gegenüber, daß nach ihren Informationen, soweit sie diese Gerüchte verfolgen konnte, denselben positive Tatsachen überhaupt nicht zu Grunde liegen. Wie verlautet, würde in den nächsten Wochen eine Entscheidung in den schwiebenden persönlichen Fragen nicht zu erwarten stehen. — Die „Post“ bringt mit Bezug auf ihren (von uns reproduzierten) Bericht über die letzte parlamentarische Soirée beim Reichskanzler am Sonnabend folgende Erklärung:

Wie wir hören, hat die Wendung unseres Berichts, daß die Herren v. Benningse und Lasker unter den Nationalliberalen gefehlt hätten, das Missverständnis herverursacht, als ob wir auf eine demonstrative Abwesenheit hätten anspielen wollen. Es könnte dies um so weniger der Fall sein, als es ja hinreichend bekannt ist, daß Herr v. Benningse jeden Sonnabend zur Erledigung seiner Amtsgeschäfte nach Hannover reist. Auf den Wunsch des Herrn Lasker bemerken wir noch, daß der Grund seines Fernbleibens von der Soirée lediglich körperliche Ermüdung nach der lang dauernden Sitzung war.

Im Reichstag bespricht man eifrig die nun nothwendig werdende Bewilligung von 75,000 Mark als Beitrag zu den Kosten der Heilbehandlung deutscher Künstler an der pariser Weltausstellung. Man ist, wie verlautet, allseitig der Ansicht, diese Bewilligung werde schon aus politischen Gründen nicht beanstandet werden. Das „D. M. B.“theilt über die Vorlehrungen, welche die aus acht Mitgliedern unter dem Präsidium des Akademie-Direktors Anton v. Werner stehende, vom Kaiser genehmigte, gesetzliche Kommission bisher getroffen hat, Folgendes mit:

Kaiser Wilhelm hat Befehl gegeben, sämtliche in öffentlichen Museen und Galerien befindlichen Bilder neuerer Meister der Auswahl der Kommission zur Verfügung zu stellen. Auch sollen diejenigen Privaten, welche im Besteck berühmter Bilder der erwähnten Gattung sind, durch besondere Schreiben um Hergabe derselben für die Ausstellung ersucht werden. Für die Auswahl der Bilder hat Kaiser Wilhelm in seinem Takte namentlich die Direktive gegeben, daß sowohl Kriegsbilder, als auch Porträts hervorragender Heerführer ausgeschlossen sein sollen. Die Liste wird der Kaiser in Person prüfen. Der für die Ausstellung der deutschen Künstler angewiesene Raum ist etwa 25 Meter breit und 35 Meter lang. Seine Lage ist sehr exponirt und sehr günstig. Der Saal liegt an dem Eingang, welcher dem Trotadero entgegengesetzt ist. Dem Akademie-Direktor Anton v. Werner war es überlassen, eine geschäftsführende Kommission — für Berlin — zur Auswahl der Kunstwerke und aller anderen das Arrangement der Ausstellung betreffenden Geschäfte zu berufen. Herr v. Werner hat folgende Künstler in diese Kommission gewählt: Prof. Steffel, Prof. Ludwig Knaus, Prof. C. Becker (Maler), Prof. Albert Wolff (Bildhauer), W. Genz, Paul Meierheim (Maler) und Suhmann-Hellborn (Bildhauer). Die genannten Herren haben sich bereit erklärt, die erforderlichen Arbeiten zu übernehmen, und haben auch schon in der oben angegebenen Weise ihren Pflichten obgelegen. Das Bureau der Ausstellung befindet sich im auswärtigen Amt, Wilhelmsplatz Nr. 1.

Der brandenburgische Provinziallandtag hatte bekanntlich auf Antrag des Dr. Peyer beschlossen, daß Provinzialbeamte behufs Annahme eines Mandats zu einer parlamentarischen oder Gemeindevertretung der Genehmigung des Provinzialausschusses bedürfen sollten. Am Montag beschäftigte den Landtag diese Angelegenheit noch einmal, worüber folgendes berichtet wird:

Der Minister des Innern hatte durch Vermittlung des Oberpräsidenten dem Provinziallandtag ein Schreiben zugestellt, worin er darauf hinweist, daß der Besluß, die Provinzialbeamten bei der Uebernahme eines Mandats an die vorherige Zustimmung des Provinzialausschusses zu binden, schon von mehreren Provinziallandtagen gefasst, aber stets von dem Minister für unzulässig erklärt worden sei. In der durch dieses Schreiben neu hervorgerufenen Debatte machten sowohl der ursprüngliche Antragsteller Herr Dr. Peyer, als auch der Landesdirektor v. Levezow mit besonderem Nachdruck geltend, daß bei dem ganzen Antrage keinerlei politische Motive mit unterlaufen, sondern reine Opportunitätsrücksichten und daß bei mehreren großen städtischen Kommunen die verlangte Einrichtung schon seit langer Zeit besteht, ohne daß der Minister Einspruch dagegen erhoben hätte. Die betreffende Verfassungsbestimmung, wonach kein Beamter zur Annahme eines parlamentarischen Mandats der Genehmigung der vorgelegten Behörde bedarf, sei jedenfalls sehr interpretationsfähig. Der Oberpräsident v. Jagow nahm den Minister gegen den Vorwurf der Inkongruenz in Schutz, indem er darauf hinwies, daß die Vorgänge in den betreffenden Kommunen nicht zur Kenntnis des Ministers, sondern der Provinzialregierungen gelangen. Daß letztere nichts dagegen eingewendet, liegt jedenfalls in der Interpretationsfähigkeit der betreffenden Bestimmung. Hauptfächlich die Bedenken gegen eine Verlebung des passiven und aktiven Wahlrechts hätten den Minister veranlaßt, dem Antrage Peyer seine Zustimmung zu verfagen. Bei dieser kategorischen Erklärung beschloß der Landtag mit großer Mehrheit, den Dr. Peyer'schen Zusatz wieder zu streichen.

Der brandenburgische Provinziallandtag hat übrigens Herrn Hans v. Radow auf Bleßow — den „edlen Hans“, wie ihn der Präsident des Herrenhauses, Fürst Hohenlohe, nach dem Duell mit Hindeldey nannte — zum Vorsitzenden des Provinzialausschusses ernannt.

In der „Villa Colonna“ fand am 8. ds. eine äußerst zahlreich besuchte, geschlossene Versammlung der monarchisch christi-

sozialen Partei statt, über welche folgendes berichtet wird: Man bemerkte wiederum den Hofprediger Stöder, Pfarrer Diesfelder und andere Pastoren mehr. Das Präsidium bildeten die Herren Grüneberg und Küster. Professor Dr. Ad. Wagner, mit Besitz begrüßt, äußerte sich über das angelungene Thema: „das Steuerwesen“ in ungefähr folgender Weise: Er wolle zunächst bemerken, daß er nicht zu den hier tagenden Partei gehören, jedoch mit ihrem volkswirtschaftlichen Programm, das ja im Großen und Ganzen auch das der modernen nationalökonomischen Wissenschaft und gemischtmasch auch der der Sozialdemokratie sei, er sich im Wesentlichen einverstanden. Was den zu behandelnden Gegenstand speziell anlangt, so sei er (Redner) ein prinzipieller Gegner aller indirekten oder Verbrauchssteuern, wie sie die Wissenschaft nennt, und für die direkte progressive Einkommensteuer. Die indirekten Steuern verschaffen wohl dem Staate eine große Einnahme, aber sie seien ungerecht und belasten den Armen mehr als den Reichen. Dadurch, daß man die nothwendigsten Lebensmittel — und nur auf diese Weise — eine lobende Einnahme zu erzielen — besteuere, schaffe man die Steuer-Progression nach unten. Der arme Mann bedürfe des Fleisches, Brodes, Salzes etc. bedeutend mehr als der reiche und könne trotz der höchsten Steuer derselben nicht entbehren. Ebenso ungerecht sei die Tabaksteuer. Das Tabakrauchen sei an sich eine schändliche, von barbarischen Indianern übernommene Gewohnheit. Er, Prof. Wagner, rachte nicht. Dennoch müsse er sagen: Warum sollte der Raucher dem Staate mehr Steuern zahlen als der Nichtraucher? Die Verbrauchssteuern hätten in ihrem Gefolge die drei bekannten Nachteile: der ganze Bedarf des Staatshaushaltens werde durch sie verschleiert, sie wirken umgekehrt progressiv, es würden dabei einzelne Dinge ziemlich willkürlich verausgegriffen. Dazu kämen große Erhebungslosen, Störungen des Verkehrs, wie z. B. bei der Wahl- und Schlachtsteuer, deren Aufhebung übrigens mehr Vortheile gebracht habe, als man glaube. Die Vorreihen, welche man den indirekten, den Verbrauchssteuern zuschreibe, wurden kurz erwähnt, und im Wesentlichen als Scheintretheit klassifiziert. Die direkten Steuern seien bei und weniger entwickelt. Die Grundsteuer könnte zwar nicht erhöht werden. Eine Erhöhung derselben sei zugleich eine Verminderung des Wertes des Grundes und Bodens. Dagegen sei Entwicklung der Stempelsteuer, eine Börsensteuer zu empfehlen. Die Einkommensteuer sei noch zu vervollkommen, eine Vermögenssteuer einzuführen. Doch bedürfe die Besteuerungs-Umgestaltung allmäßiger Entwicklung. Mit einem Male könnte das ganze bestehende Besteuerungs-System nicht über den Haufen geworfen werden. Wir haben den Staat nicht neu zu erbauen, nur allmäßig können wir ihn umgestalten. Erhöhung der Verbrauchssteuern sei in Deutschland seineswegs nötig; die Höhe derselben, wie sie in England, Frankreich sich zeige, haben ihren Grund darin, daß jene Staaten eine unendlich höhere Staatschuld als die deutschen zu verzinzen hätten, daß sie die deutschen Einnahmesteuern der Fürsten und Domänen nicht besäßen. Im Anschluß daran stimmte der Redner im Wesentlichen dem ersten Punkte der ersten Programmforderung der christlich-sozialen Arbeiterpartei in Betreff der Besteuerung bei: „Progressive Einkommensteuer als ausgleichendes Gegengewicht gegen bestehende oder zu schaffende indirekte Besteuerung.“ Der zweite Punkt der Forderung sei schlecht, die zu schaffende Besteuerung jedenfalls zu freien. „Höhe Luxussteuern“ heißt die zweite Forderung. Der Redner führt aus, wie diese Steuern an einem eigentümlichen Dilemma leiden: Entweder sind sie keine Luxus-Steuern, oder aber sie sind es wirklich und dann bringen sie nichts u. s. w. Der dritte Punkt der Besteuerungs-Forderung der christlich-sozialen Partei lautet: „Progressive hohe Besteuerung bei gründerlicher Vermögen und Erbschaftsbesteuerung bei entfernteren Graden.“ Der Redner gab seiner Zustimmung ausführlich Ausdruck. Die Erbschaft könnte bei entfernteren Graden noch besser vom Staate angetreten werden. Nach der Besprechung der Besteuerungsvorschläge folgte eine Empfehlung der Selbstschädigung und der Öffentlichkeit bei diesem Verfahren. Er habe als Mann der Wissenschaft, sagte der Redner zum Schluss, unabhängig von oben und unten, eine Ergänzung, Erläuterung und Rechtfertigung des christlich-sozialen Besteuerungsprogrammes gegeben. Ob man Bibelchrist oder Atheist sei, das sei für diese Theorien keinen Unterschied. (Anhaltendes Bravo!) Einmal rief eine Stimme beim Schluß: „Ist ja Unfünf“, die jedoch lebhafte Entrüstung in der Versammlung hervorrief. — Hofprediger Stöder sprach dankende Zustimmung zu dem Gehörten aus und gab einige einschränkende Erläuterungen. Im Ganzen und Großen könne man sich mit Professor Wagner einverstanden erklären. Das Praktische, Erreichbare sei jedoch für seine Partei das Maßgebende. Die Luxussteuern halte er ihres idealen Moments wegen aufrecht. — Wederhalb die christlich-soziale Partei so lebhaft angegriffen werde? Alles dürfe man angreifen, nur den Geldbeutel nicht. Wer seien die Leute, die den Muß haben, den Mammon zu opfern. Das seien die, welche den Herrn Jesu lieb haben. In der Religion sei die eigentliche Triebkraft zur Lösung der sozialen Frage. — Herr Hesse redete im Sinne der „Schußzölle“ für indirekte Steuern. Erklärung, Defraudation u. dgl. seien die unvermeidlichen Begleiterinnen der direkten Steuer für den Arbeiterstand. (Großer Beifall.) Die Wissenschaft habe die deutsche Industrie geschädigt; sie habe Deutschland zum Stapelsplatz ausländischer Waaren gemacht. Der Hungertypus u. s. f. sei den Männern der Wissenschaft zu verdanken.

Prof. Wagner wandte sich in sehr erregter Weise gegen den Vorredner, der noch einmal das Wort ergriff und sich für seine Angaben auf die Statistik des kais. statistischen Amtes berief. Professor Wagner erklärte dagegen die Zahlen der betreffenden Statistik über Ausfuhr für gänzlich unbrauchbar. Er sei übrigens nicht prinzipiell gegen Schutz. Doch sei diese Frage hier nicht am Orte. Sekretär Grüneberg und Herr Küster berichteten von ihrer Agitationstreise nach Frankfurt und Sorau. An beiden Orten sind christlich-soziale Vereine im Entstehen. Alle Orte Deutschlands wollen in Jahresfrist die christlich-sozialen Agitatoren bereisen und bearbeiten. — Schließlich wurde folgende Resolution von der Versammlung angenommen, welche gegen die sozialdemokratische „D. M. B.“ gerichtet ist: „Die christlich-soziale Arbeiter-Partei erkläre in der Billigung des in der St. Lucaskirche verübten Kirchendiebstals durch die „Berl. Fr. Br.“ eine Beschnürung des Diebstahls überhaupt, eine Aufreizung und Aufforderung zum Kirchendiebstahl und spricht über einen solchen

Mißbrauch der Pressefreiheit ihre Entrüstung öffentlich aus und beschließt, im Sinne der Moral und im Interesse der öffentlichen Sicherheit und Ordnung solchen unerhörten Übergriffen der „Berl. Fr. Br.“ mit allen Kräften entgegen zu treten.“ Einige Minuten nach 10½ Uhr wurde die Versammlung bereits geschlossen, weil, wie sich der Vorsitzende Grüneberg ausdrückte, jetzt ein anderes Vergnügen stattfinde. (Die „Villa Colonna“ ist ein bekanntes Ballosal und die tanzlustigen Schönheiten warteten an den Saalausgängen längst sehnsüchtig auf den Schluss der Versammlung.)

Die sozialdemokratische „Berl. Fr. Br.“ zeigt an, daß ihr bisheriger verantwortlicher Redakteur Reinhard Fischer Montag Nachmittag 4 Uhr verhaftet worden ist. Derselbe hat das Blatt seit dem 29. Januar gezeichnet. Das sozialdemokratische Organ steht gleichzeitig mit, daß jetzt vier seiner Redakteure im Gefängnis sitzen; davon sind Dentler, Fink und Fischer in der Stadtvoigtei in Untersuchungshaft und Dolinski verbüßt in Plötzensee eine längere Gefängnisstrafe. Außerdem sind gegen die Mitarbeiter des Blattes West und Löffau 3 Monate resp. 6 Wochen Gefängnis erlitten worden und ein anderer Mitarbeiter, Paul Gottschau, hat 9 Monate Gefängnis und eine größere Anzahl unerledigter Projekte mit hinaüber nach Amerika genommen. Als verantwortliche Redakteure der „Berl. Fr. Br.“ fungieren nunmehr zwei sozialdemokratische Reichstagabgeordnete, die Herren Moß und Auer. Ersterer zeichnet für die Leitartikel, die politische Rundschau und das Feuilleton, letzterer für den übrigen politischen Theil des Blattes. Beide Redakteure stammen aus Bayern und sind von Haus aus katholisch. Ignaz Auer bezeichnet sich im Parlaments-Almanach noch als „katholisch“, während Moß sich das Prädikat „Materialist“ belegt. Auer ist zugleich Vorstandsmitglied der deutschen sozialdemokratischen Partei, des Hamburger „Zentral-Wahl-Komitees“.

## D e s t e r r e i c h .

Die Erklärungen des Grafen Andrássy stehen jetzt im Vordergrunde des Interesses; die neuesten, über welche der Telegraph berichtet, entbehren nicht des friedlichen und versöhnlichen Charakters, zeugen aber von großer Entschlossenheit für den Fall eines Eintritts der Eventualität, über die noch das Geheimniß gewahrt wird. Andrássy hofft, daß der Kongreß den Frieden bringt, und deshalb wird in Österreich noch nicht mobilisiert oder wenigstens sollen die verlangten 60 Millionen noch nicht verausgabt werden. Die von dem Grafen Andrássy gegebene Spezifikation dessen, was er unter österreichisch-ungarischer Interessensphäre versteht, der Versicherung des Telegraphen zufolge zwar Sensation erregt und sogar auf die ungarische Opposition Eindruck gemacht hat, für die übrige Welt jedoch Geheimniß bleiben soll. Nur das „N. W. Tagblatt“ scheint einen Zipfel dieses Geheimnisses gelüftet zu haben, es berichtet nämlich aus dem geheimen Theil der ungarischen Delegationsitzung Folgendes:

„Hierauf ergriff Graf Andrássy das Wort, um in einer einflussreichen überschreibend geläufig und mit Verve vorgetragenen Rede auf alle diese Fragen mit mehr oder weniger großer Ausführlichkeit zu antworten. Der Minister des Neuenheimer bemerkte, er stehe vor der Konferenz und da könne man es ihm doch nicht verargen, wenn er in seinen Ausführungen vorsichtig und zurückhaltend sei. Doch misst er wieder und wieder entschieden sich gegen die Zumuthung verwahren, daß er die Okkupation Bosniens, wenn sie blos das Surrogat einer Aktion sein solle, anstrebe. Des Ferneren nehme er keinen Anstand, zu erklären, daß es mit den Interessen der Monarchie unmöglich zu vereinbaren sei, daß ein Bulgarien, welches bis an's Meer reicht, errichtet werde und daß russische Truppen Bulgarien länger, als unbedingt nothwendig sei, 5 bis 6 Monate etwa, besetzt halten. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.“

Auf Ansuchen des Delegirten Engerer wurde die Berathung des großen Raumes (?) halber eine kurze Zeit unterbrochen; dann erklärte Engerer, durch die Auflösungen des Ministers zufriedengestellt zu sein, daß er aber den Kredit nur mit einer solchen Motivierung, wie sie der Fall des Antrags enthält, votire.

Schließlich wollen wir nur noch erwähnen, daß die Neuverhandlungen des Grafen Andrássy bezüglich des Zustandekommens der Konferenz nicht die zuversichtlichsten waren, denn er betonte sehr scharf, daß er, falls der Kongreß oder die Konferenz nicht in Stande kommen sollte, für die Interessen der Monarchie auch auf diplomatischem Wege einzutreten werde.“

## I t a l i e n .

Über die tragödiche Revolte der päpstlichen Schweizer wurde die Berathung des großen Raumes (?) halber eine kurze Zeit unterbrochen; dann erklärte Engerer, durch die Auflösungen des Ministers zufriedengestellt zu sein, daß er aber den Kredit nur mit einer solchen Motivierung, wie sie der Fall des Antrags enthält, votire.

Die Zahl der heute im Vatikan befindlichen Schweizer ist sechzig, Offiziere und Soldaten zusammen gerechnet. Die Truppe gilt für eine Compagnia da ventura, weil jeder Papst sie für seinen Dienst besonders annimmt. In Folge dieser Auffassung erhalten sie beim Tode des Pontifex einen Monatsold ausbezahlt, und könnten eigentlich geben, wohin sie wollen, nur geschieht es in der Regel, daß das heilige Kollegium sie für die ganze Zeit des Konklaves aufs neue in seine Dienste nähmt, und nach Ablauf des Konklaves pfliegt der neue Papst die treuen Schweizer wieder auf eigene Rechnung in Sold zu nehmen. Diese tapferen Krieger, welche mehr auf das Geld als auf den päpstlichen Segen halten, an den sie gewöhnt sind, weil sie ihn während ihres Aufenthaltes im Vatikan ungähnlich zu empfangen pflegen, machen diesmal ihre Rechnung so: Wir erhalten einen Monatsold als Gratifikation für die Dienste, welche wir Papst IX. geleistet haben, einen zweiten vom Konklave und einen dritten Monat als ingaggio beim neuen Papste macht drei Monate Gratifikation. Die blonden Krieger warten von Tag zu Tag, es kam aber nichts;

## K o n z e r t .

Das Konzert, welches Fr. Clara Meyer am Dienstag im Bazar-Saal veranstaltete, war ein längst in Aussicht genommenes, an dem unentwegt festgehalten worden war, und welches Zeugnis davon ablegte, was Energie und Ausdauer vermögen, wenn ein Konzert durchaus gegeben werden soll; war doch selbst der ziemlich gefüllte Saal ein Spiegelbild stiller Mühevolltung. Große Zettel hatten von einer Pianistin aus Berlin, unter Mitwirkung des Konzertmeisters Müller und des Cellisten Herrn Hagel gesprochen. Unseres Wissens stand Fr. Meyer's Wiege in Glogau, woher auch die beiden mitwirkenden Herren stammen. Fr. Meyer, eine noch sehr jugendliche Erscheinung, hat bei Kullak in Berlin Unterricht genossen und in letzterer Zeit in kleineren Städten Schlesiens und unserer Provinz Konzerte gegeben, die sich einer beifälligen Aufnahme erfreuten. In wie weit eine Stadt von den Dimensionen Posen berechtigt ist, Zeuge dieses reisenden Talentes zu sein, wollen wir dabingestellt sein lassen. Man muß das Talent anerkennen, die Schule der Gesäufigkeit ist überwunden und eine tierische und elegante Behendigkeit weiß ihre Aufgabe zu beherrschen, aber darüber hinaus fehlt doch noch Manches; dem etwas bleichsüchtigen Spiele mangelt es an Kraft und Charakteristik. Chopin war überreich vertreten, zu den 3 Nummern des Programms Scherzo h-moll, Konzert

Stüde und Grande Polonaise es-dur mit dem Andante spianato gefiel sich noch an Stelle des in Wegfall gekommenen Violinvortrages der berühmte Trauermarsch desselben Meisters. Nur in der Polonoise machte sich ein stylvoller Anleihen an den Komponisten bemerklich; die übrigen Nummern waren entschieden zu hoch geprägt, was ganz besonders von dem Scherzo h-moll gilt. Von den übrigen Nummern erwähnen wir eine Barcarole (5) von Rubinstein, Soirée's de Vienne von Schubert-Lütz (der Zettel erwähnt den eigentlichen Komponisten Schubert gar nicht) und eine der 6 englischen Suiten von J. S. Bach, aus einem Präludium, Passo pieds I und II. und Gigue bestehend. Passepied ist ein alter, ursprünglich bretonischer Schiffer Tanz von munterer heiterer Bewegung, er hat in der Suite Verwendung gefunden, und besteht aus zwei Theilen in den verwandten Durs- und Moll-Tonarten. Eröffnet wurde das Konzert durch das Beethoven'sche Trio c-moll, eines der Werke, mit denen Beethoven seinerseits erst zu zählen anfing, alles Frühere ins Bereich der Lehrjahre versezt. Es war kein glänzender Anfang; nicht nur daß das Klavier im 2. Satze durch schrilles Stakkatospiel das Ohr schädigte, sondern auch die Violine wandelte allzu sehr die Bahn des Diellentismus. Eine spätere Nummer für Violine „Steirische Lieder“ fiel aus, dagegen spielte Herr. Hagel das für Cello mit Klavier gesetzte Mozart'sche Lied: „Abend ist's, die Sonne ist verschwunden.“ Schönes Instrument, schöner, reiner Ton, aber kein Erfassen der

Komposition, kein Gefang. Das Konzert verließ unter mahvollem Beifall recht ruhig und ungeführt.

\* Eine Erinnerung. Das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ enthält folgende, an Helene v. Katowitz (früher Friedmann-Döniges) gerichtete Aufforderung: „Bei dem f. f. Landesgerichte in Wien hat Nina Hönia, Dame n. Kleidermacherin in Wien, durch Hrn. Dr. Karl Zimmermann, erster Bevollmächtigter Bauernmarkt 11, wider Helene v. Katowitz, Schauspielerin, derzeit mutmaßlich in New York in Amerika, wegen Zahlung von 1842 fl. summt sechsprozentigen Zinsen und Ertrag der Gerichtskosten Klage angebracht. Da dem Gerichte der nähere Aufenthalt der Klägerin nicht bekannt ist, so wurde auf ihre Gefahr und Kosten der Herr Dr. Karl Verley als Kuriator bestellt, demselben die Klage um die binnen neunzig Tagen zu erstattende Einreise zugestellt und wird mit demselben die Rechtsache nach Vorschrift der Gerichtsordnung ausgetragen werden. Die Klage hat daher einen Bevollmächtigten namhaft zu machen oder ihre Bevollmächtigte dem aufgestellten Kuriator mitzutheilen.“

\* Temme. Wie der „Frankf. Ztg.“ geschrieben wird, gedenkt der wegen seiner politischen Vergangenheit und als Schriftsteller in den weitesten Kreisen bekannte ehemalige Landgerichtsrath Temme Zürich, wo er seit langen Jahren Universitätsprofessor ist, in diesem Frühjahr zu verlassen, um nach Deutschland zurückzukehren und nach derjenigen ostpreußischen Stadt Tilsit überzusiedeln, die ihm einst für seine politische Haltung das Ehrenbürgerrrecht verliehen hat. Temme ist am 22. Oktober 1799 zu Münster geboren. In Tilsit lebt seine Tochter als Gattin des Apothekers Wächter, der zur Konfliktszeit Abgeordneter war und der Fortschrittsparthei angehörte.

endlich erfuhren sie, daß Leo XIII. von dem alten Brauche der Grätschöhnung nichts wissen wolle und daß er durchaus nichts bewilligen werde, als den gewöhnlichen Sold, indem nach seiner Ansicht seit dem Ende Pius IX. der Dienst der Schweizer ohne Unterbrechung fortgedauert habe. Die Schweizer brummen einige Tage, endlich vereinigten sie sich beinahe alle und erklärten ihrem Kommandanten, daß sie, würde man ihren Ansprüchen nicht genügen, weiter keinen Dienst oder noch etwas Schlimmeres thun würden. Das gab ein wenig Raum in denselben zu stillen Hallen des Vatikans; die Hofsleute begannen einander zuzuhören, daß die Schweizer sich mit Gewalt nehmen würden, was man ihnen nicht auswillig geben wollte. Ein unvorstehiger Monsignore nahm seine Zuflucht zu den päpstlichen Gendarmen oder Karabinier, welche noch immer 80 an der Zahl, sich im Vatikan befinden. Die Gendarmen wurden zusammenberufen, die Schweizer erfuhren es, luden ihre Gewebe und schwangen tumultuarisch ihre Hellebarden. Sie schworen, daß sie die Gendarmen mit Augen empfangen würden, falls sie den Versuch einer Entwaffnung wagen sollten. Nach einer anderen Version verbrachten mehrere Schweizer ihre Gewebe. Nun legten sich einige Prälaten, Monsignore und auch ein paar Kardinäle ins Mittel. Man suchte den Brimmin der tapferen Krieger zu bestimmen, und für den Augenblick gelang dies auch, denn man versprach, ihre Ansprüche beim Papste befürworten zu wollen. Nun wollte aber der Kommandant der Schweizer die Rücksichtnahme der Meuterei bestrafen und ihnen Arrest geben. Sofort entstand neue Aufregung, die Gefangenen wurden von ihren Kameraden befreit, und zwei von ihnen entflohen in bürgerlicher Kleidung aus dem Vatikan, ließen sich jedoch noch gestern zur Rückkehr zum apostolischen Dienste überreden. Die Frage ist noch nicht erledigt, scheint aber auf alle Fälle die ursprüngliche Absicht Leo's XIII., allem militärischen Humbug im Vatikan ein Ende zu machen, lebhaft bestärkt zu haben.

Wie der "Germania" aus Rom berichtet wird, hat in Folge dieser Vorgänge Papst Leo in der That 32 Schweizer entlassen.

**Rom.** Der "Diritto" widmet der Ernennung Cairoli's zum Kammer-Präsidenten eine längere Betrachtung und führt hierbei aus:

"Wir wollen nicht länger untersuchen, welches die unmittelbaren politischen Folgen des Votums sein werden; wie man versichert, ist es möglich, daß Herr Cairoli den Sitz weiter behält, auf welchen ihn das Vertrauen seiner Kollegen erhoben hat. Welches aber auch das Amt sein möge, das Herr Cairoli übernimmt, so wird doch die Kundgebung der Kammer stets der bereite Beweis sein, daß wir in die normale Periode unseres konstitutionellen Lebens wieder eingetreten sind." Der Artikel schließt dann: "Wir haben die Gewissheit, daß die Lösung der Phase, welche wir durchmachen, den Erwartungen der öffentlichen Meinung entsprechen wird."

Die Affaire Crispini wird täglich verwideter. So veröffentlicht der "Neapeler Piccolo" ein weiteres kompromittirendes Dokument in Sachen der angeblichen Bigamie Crispini's. Es ist ein Brief, den der Professor Francone — einer der Gedigkeitszeugen Crispini's — an das genannte Blatt geschrieben hat. Francone, eine hochangeschätzte Persönlichkeit in Neapel, erklärt darin, von Crispini hintergangen zu sein bei der Unterschrift des Gedigkeitszeugnisses. Crispini habe den Zeugen verschwiegen, daß er sich bereits in Malta habe trauen lassen. Er (Crispini) hatte das Gedigkeitszeugnis eigenhändig geschrieben, und er (Francone) unterschrieb dasselbe, da er es für unmöglich hielt, daß ein Mann, wie Crispini, der zweimal Minister war und der Träger einer delikaten diplomatischen Mission in die europäischen Hauptstädte — der Bigamie und der Verleitung zu falscher Zeugnisauslage fähig sei. Er (Francone) habe bona fide gehandelt, weil er wußte, es handle sich in der Hauptfrage nur um die Legitimierung des Kindes von der Gräfin Barbegalio (der jetzigen Gattin Crispini's), und weil Devito, der Mittel- und Vertrauensmann Crispini's, versicherte, der Minister Crispini müsse auf höheren Wunsch seine Stellung regulieren. Francone, unbekannt mit den persönlichen Verhältnissen Crispini's, glaubte dies und attestierte. Jetzt protestiert Francone öffentlich wegen des Missbrauchs seiner Unterschrift und sagt, daß er schon brieflich Rechenschaft von Crispini verlangt, aber keine Antwort erhalten habe.

## Parlamentarische Nachrichten.

**Berlin**, 12. März. Bei der Beratung der Petitionen von Postunterbeamten in der Sozial-Postamt-Kommission des Reichstages hat sich nicht blos ein großer Theil der Beschwerden als unbegründet herausgestellt, sondern es haben sich auch die vielfach gegen den Generalpostmeister Dr. Stephan erhobenen Beschuldigungen, als trage derselbe nicht Sorge, die Lage seiner subalternen Untergebenen zu verbessern, als ungerechtfertigt erwiesen. Herr Stephan hat nämlich in der erwähnten Kommission erklärt — was er jünglich im Plenum nicht sagen darf —, daß er wiederholt und dringlich einer Gehaltsaufbesserung für die genannten Beamtenkategorien verlangt habe, mit diesem Verlangen aber stets abgewiesen worden sei.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 13. März.

— Der Chef des russischen Polizeiwesens, General v. Fixen, in Alexandrowo, ist, wie der "B.-Z." gemeldet wird, von dort nach Petersburg berufen worden, um an den Berathungen wegen der Polizeileichterung teilzunehmen. Da dieser Beamte persönlich stets einer Erleichterung des gegenseitigen Grenzverkehrs das Wort gegeben hat, so scheint es doch, als ob die russische Regierung es mit einer Reform des Grenzverkehrs wirklich Ernst nimmt. In Alexandrowo ist das Verhalten der Beamten den deutschen Reichsbürgern gegenüber ein durchaus humanes.

— Aus den Diözessen Gnesen und Posen sind der Krakauer Adresse neuerdings beigetreten die Gemeinden Schwedt, Gollmitz und Deutsch-Wilse, Kreis Fraustadt, Wongrowitz, Orlowko und Linowiec, Kreis Mogilno, Slesin, Kreis Bromberg, Czarnikau, Wirsitz, Budsin, Scharfenort, Rysewko, Kreis Mogilno, Filehne, Gniewomino, Dobrot, Kreis Adelau, Granowo, Kreis Bus, Droszew, Kreis Pleschen, und Janowitz.

Für die Krakauer Adresse wird, wie der "Casus" berichtet, auch unter den im Auslande lebenden Polen stark agitiert, wo sie auch viele Unterschriften gefunden haben sollen. Das ultramontane Blatt macht den Vorschlag, daß alle Zustimmungsverklärungen an die Administration des Blattes geschnitten werden sollen, damit sie zusammengebunden und dem Papste überreicht werden können.

r. General-Superintendent D. Cranz ist gestern nach Schönlanke gereist.

i. Personalien. Bei den Justizbehörden im Bezirk des Königl. Appellationsgerichts zu Posen sind im Monat Februar außer den bereits bekannten folgende Personalveränderungen vorgenommen: bei dem Kreisgericht in Kempen Kreisgerichts-Bureau-Assistent von Eberhard zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt; bei dem Kreisgericht in Koslow Kreisgerichts-Bureau-Assistent Voron zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt; bei dem Kreisgericht in Ostrowo Gerichts-Assessor Hechelsberg zu Oppeln der Staatsanwaltschaft zu Ostrowo zur

Ausübung überwiesen, Gerichts-Assessor Mengdahn aus Breslau als Hilfsrichter hierher abgeordnet; bei dem Kreisgericht in Posen Gerichts-Assessor Jastram zum Kreisrichter bei dem Kreisgericht in Kosel ernannt, Gerichts-Assessor Garecki als Hilfsrichter hierher abgeordnet, Kreisgerichts-Sekretär Peter aus Kosel hierher versetzt; bei dem Kreisgericht zu Rawitsch Kreisgerichts-Bureau-Assistent Zorawski zum Kreisgerichts-Sekretär ernannt. — Im Ober-Postdirektion-Bezirk Posen ist der Postamtsvorsteher Major a. D. v. Pawlikowski in Kempen zum Postamtsvorsteher ernannt worden.

r. Zu Ehren des Oberpostdirektors Schiffmann, welcher bekanntlich zum 1. April d. J. in gleicher Eigenschaft nach Breslau versetzt worden ist, findet im Logensaale Montag, den 25. d. M. ein Abschiedsdiner statt. Am Tage darauf trifft der neue Oberpostdirektor Schmücker aus Cöln hier ein.

3. Rabbiner Dr. Lewin in Košmin ist zum Rabbiner der Synagogengemeinde in Coblenz berufen worden. Dersele fungirte in dem deutsch-französischen Krieg als jüdischer Feldseelsorger bei der III. Armee.

r. Der posener Jagdverein hielt am Montag im Richterschen Lokale unter Leitung des Vorsitzenden, Polizeikommissarius Behr, seine ordentliche Generalversammlung ab. Zunächst erstattete der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit des Vereins während des ersten Jahres seines Bestehens und hob u. A. hervor, daß das Interesse für den Verein auch bei der Landbevölkerung ein regeres geworden, indem seitens derselben viele Anzeigen über Jagd-Kontabventionen erstattet worden seien, so daß in Folge dieser Anzeigen Untersuchungen angestrengt werden könnten. Der Kassier des Vereins, Kaufmann Malade, erstattete hierauf Bericht über die Rechnungslegung, die ein befriedigendes Resultat ergeben hat, so daß seitens der Versammlung Decharge ertheilt wurde. Es wurden ferner einzelne Paragraphen des Statuts, welche sich im Laufe des ersten Vereinsjahrs als unzweckmäßig herausgestellt hatten, abgeändert. Alsdann wurden verschiedene innere Angelegenheiten des Vereins erörtert und erledigt. Schließlich wurden in den Vorstand gewählt, resp. wiedergewählt: Polizeikommissarius Behr als Vorsitzender, Kaufmann Malade als Kassier, Kaufmann Kaminski als Schriftführer, Proviantmeister Kamann, Mittelschullehrer Kupke, Hausschulze Richter, Bürgerschullehrer Wenzemski, Kaufmann Fädel, Maurermeister Weigt als Beisitzer.

r. Die hölzerne Interimsbrücke ist Jahre lang benutzt worden, wird durch den Baumeister Reimer, welcher dieselbe gebaut und für den Betrag von 14,000 M. der Kommune zur öffentlichen Benutzung übergeben hat, in nächster Zeit wieder abgebrochen werden; die Gas- und Wasserleitung-Röhren, welche bisher auf derselben lagen, sind bereits beseitigt worden; gegenwärtig ist der Wagerverkehr über die Interimsbrücke, sowie durch die Zugänge von der Blattstraße her gesperrt. Diese gepflasterten Zugänge werden gleichfalls beseitigt und alsdann der Kämmererhof in seiner früheren Gestalt wieder hergestellt werden. — Gegenwärtig werden die Arbeiten zur Erhöhung und Pfasterung der Wallstraße beabsichtigt. Gewinnung eines allmählig aufsteigenden Zuganges zur neuen Brücke ausgeführt. Da von der alten Wallstraße die Pfähle der Pfeiler wegen des hohen Wasserstandes noch immer nicht beseitigt werden können, so ist die Fahrbahn für Fußgänger und Tiere durch senkrechte Balken, welche an der neuen Brücke beseitigt sind, und an denen sich Tafeln befinden, gekennzeichnet worden. Während des Abends und in der Nacht wird die neue Brücke durch 10 Gasflammen erleuchtet, von denen sich je 4 an den beiden Enden der Brücke, 2 auf dem Strompfeiler befinden.

r. Ein Stubenbrand fand gestern Nachmittag auf dem Grundstücke Venetianerstraße 10 statt, da aus einem eisernen Ofen das Feuer an ein in der Nähe stehendes Bett getrieben wurde und dasselbe in Brand setzte. Der kleine Brand wurde bald gelöscht.

## Der Streit über Waterkloset-Anlagen.

r. In Betreff der Waterkloset-Anlagen in unserer Stadt ist von der Regierung unter dem 5. d. M. eine wichtige Entscheidung getroffen worden, über die uns Folgendes mitgetheilt wird:

Nachdem der Magistrat unter dem 16. Mai v. J. sich bei der Regierung darüber beschwert hatte, daß trotz mehrafachen Hinweises auf die Verpestung der Straßen unserer Stadt durch das Einlaufen der Waterkloset-Ablüsse die Polizeidirektion noch immer nicht das Laufwasser der Kloakstoffe, insbesondere zu nächtlicher Zeit, in die Klinksteine verhindert habe, erstattete die Polizedirektion unter dem 22. September v. J. an die Regierung über diese Angelegenheit einen Bericht, in welchem etwa Folgendes ausgeführt wurde: Die Verpestung der hiesigen Straßen sei eine nothwendige Folge der Einführung der Wasserleitung in die Häuser. Der Magistrat habe bei Einrichtung der neuen Wasserleitung in seinem Tarif für die Abgabe von Wasser an Waterklosets eine besondere Position aufgestellt, welche noch heute besteht. Aus dieser Position sei eine ausdrückliche behördliche Genehmigung für Inlage der Waterklosets hergeleitet worden, unter den Augen der Behörden seien in den ersten Jahren nach Errichtung der neuen Wasserleitung zahlreiche Waterklosets entstanden, und zwar hauptsächlich in den besten Gegenden und den besten Häusern der Stadt. Als vom Jahre 1868 an die Folgen der Einführung von Wasserleitung in die Häuser sich zu zeigen begannen, verlangte der Magistrat polizeilich Einschreiten gegen die Ablüsse aus den Häusern nach den Straßen. Die Polizedirektion habe den Ablüssen aus den Häusern auf die Straßen die größte Aufmerksamkeit zugewendet, stets aber geltend gemacht, daß eine wirksame Abhilfe der Uebelstände nur durch die Kanalisation erreichbar sei, von diesem Standpunkte sei auch die Kanalisation der Westfronten in der Wilhelmstraße und am Sappehplatz durchgesetzt worden. Seitdem schwiebe die Frage der Kanalisation für die ganze Stadt. — Die Polizedirektion habe dem Magistrat gegenüber stets betont, daß es zur Anlage von Waterklosets keines Konenses bedürfe, daher auch nicht zulässig erscheine, die Waterklosets selbst oder ohne Weiteres die Haus-Abfertigungsrohre in den mit Waterklosets besetzten Häusern zu kassieren. Mit der Kassierung der Waterklosets werde gar keine Hilfe geschaffen werden, da das Wasserleitungs-Wasser aus stark bewohnten Häusern überhaupt in sehr verunreinigtem Zustande auf die Straße wieder heraustrete, was polizeilich nicht verhindert werden könnte. Wenn auch im Baukonsepte für Neubauten die ausdrückliche Bedingung enthalten sei, daß etwaige Waterklosets nicht mit der Straße in Verbindung gezeigt werden dürfen, so werde diese Bedingung doch vielfach umgangen, da die Extremisten auch aus solchen Häusern, welche keine Waterklosets enthalten, den Klinksteinen zugeführt werden. Wenn der Magistrat jetzt verlangt, daß alle Verbindungen zwischen Kloakgruben, resp. Waterklosets und Straße kassiert werden sollen, so berücksichtige deshalb nicht, daß jeder Grundbesitzer ein Recht auf ein Haus-Abfertigungsrohr habe und dieses erst auf Grund längeren Wohlbauchs verliere. Durch die Kassierung der Hausabfertigungsrohre würden sich für die Bewohner der Häuser unerhörte Zustände entwickeln, an Stelle der stetigen zu Tage tregenden Zuleitungen würden heimliche Zuleitungen in größerer Anzahl treten; trotz aller Bemühungen aber werde die Polizeibehörde nicht im Stande sein, die heimliche Zuleitung flinkender Stoffe zur Straße zu verhindern, da die große Mehrzahl der Hausbewohner, soviel nur möglich, Unreinlichkeiten mit dem Wasser entfernen werde. Unmöglich aber könnten die Polizeibeamten andauernd dazu verwendet werden, aufzupassen, daß während der Nachtzeit mit dem Wasser keine Kloakstoffe aus den Häusern fortgespült werden. — Lehnsliche Zustände, wie in Posen, hätten sich in allen größeren Städten, welche Wasserleitung in Häuser einführen, ohne gleichzeitig für unterirdische Ableitung des Wassers Sorge zu tragen, herausgebildet, aber noch in keiner anderen größeren Stadt seien von den kompetenten Verwaltungsbehörden Anträge auf Kassierung der Waterklosets gestellt worden. Diese Kassierung würde zur Folge haben, daß

ein Theil der auf den Straßen sich geltend machenden Uebelstände in erheblich vergrößertem Maßstabe in die Häuser verlegt werde. Man sei daher anderweitig bestrebt gewesen, das Uebel durch Änderung des bisherigen Systems der Entwässerung und Reinigung der Städte an der Wurzel zu fassen. Die Beschwerde des Magistrats halte aus dem Grunde in sich zusammen, weil keine Kontrolle darüber zu ermöglichen sei, ob die Kloakstoffe mittels der Wasserleitung abgeführt werden. Aus denjenigen Häusern, deren Waterklosets gespült werden, fließe, bis auf seltene Ausnahmen, Wasser ab, welches keinen Geruch verleiht; die Verpestung werde hauptsächlich dadurch erzeugt, daß ein Theil der mit bloßen Augen nicht erkennbaren Kloakstoffe sich in den Klinksteinen ablagern und hier, besonders in heißer Jahreszeit, in Gährung gerathe. Die nächtliche Verpestung der Klinksteine sei denjenigen Manipulationen zuzuschreiben, welche zur Vermeidung von Exekutivstrafen vorgenommen werden. Für die warme Jahreszeit empfiehlt sich am besten die Spülung der Klinksteine mittels der städtischen Wasserleitung und das Fegen; seit mehreren Jahren jedoch werde nicht mehr gefegt, angeblich, weil die städtischen Wasserwerke nicht im Stande seien, die dann erforderliche Wassermenge zu liefern. — Die Polizedirektion halte sich nur dazu berechtigt, von den Waterklosets-Besitzern zu verlangen, daß das Spülwasser aus ihren Grundstücken ohne sichtbare Beimischung von Kloakstoffen und geruchfrei in den Klinkstein trete. Hiervon ausgehend, werde seit d. J. 1872 im Frühjahr an jedem Besitzer eines Grundstücks mit Waterkloset-Einrichtung eine Verfügung erlassen, welche für den Kontraventionsfall eine hohe Exekutivstrafe, event. Zumauerung des Hausesleitungsröhrs androhe. Es seien demgemäß auch schon viele Bestrafungen und Zamauerungen vorgenommen, so daß die Waterklosets-Besitzer jetzt im Allgemeinen bereit seien, auf ihren Grundstücken sofortig zu desinfizieren und den polizeilichen Anforderungen zu genügen. Das einzige Mittel zur Bekämpfung der Uebelstände sei eine Kanalisation, welche mindestens das Haus- und Spülwasser abführen, falls das Schwemmsystem dem Magistrat nicht durchführbar erscheine.

Die Regierung hat nun unter dem 5. März d. J. an den Magistrat ein Anstreben gerichtet, in welchem demselben eröffnet wird, daß die Regierung die Ansicht des Magistrats, daß die zur Zeit in den Straßen unserer Stadt in sehr erheblichem Grade wahrgenommenen übeln Gerüche durch die beauftragte Schließung sammlicher Waterklosets-Anlagen, welche in Strafenklinksteine entwässern, in durchschlagender Weise beseitigt werden würden, nicht theile. Die Regierung müsse vielmehr den Ausführungen der Polizedirektion beitreten und den darin nachgewiesenen wesentlichen Zusammenshang zwischen der Verpestung der Stadt und der eingeführten Wasserleitung ausdrücklich anerkennen. Häuser und Höfe seien seit Einführung der Wasserleitung reinfreier und lustreiner geworden, die Straßen dagegen übertriebener. Es müsse demnach darauf gehalten werden, daß das zum Spülen der Klinksteine erforderliche Wasser im öffentlichen Familieninteresse hergegeben werde, was nach der jetzigen Erweiterung der städtischen Wasserwerke wohl nicht zu befürchten sei. Eine gründliche und andauernde Abhilfe der angegebenen Uebelstände sei aber nur durch Ausführung einer Kanalisation zu erwarten, da durch diese und die Waterklosets die stinkendsten und zur weitem Fortpflanzung von Krankheiten geeigneten Stoffe in schnellster Weise aus der unmittelbaren Nähe menschlicher Wohnungen fortgeschafft werden. Es sei zu hoffen, daß diese Erwägung im Vereine mit der immer dringlicher werdenden Abstellung anderer Uebelstände oder unregelmäßigen Abstaubung des Grundwassers, der zunehmenden Verunreinigung des Bodens durch Einfüllung aus unidichten Senkgruben, der Bereisung der Klinksteine und Straßen während der Winterszeit u. s. w. den Magistrat veranlassen werden, in den Bestrebungen zur endlichen Herstellung der Kanalisation, welche hier allein dauernd wirkliche Abhilfe bringt, einzutreten. Da der in der Neuzeit höheren Orts gestellten Mebranforderungen, mit Ausführung der Kanalisation vorzugeben, so bald über die Ausführbarkeit und Rentabilität der Versiegelungen nach den Vorgängen in Berlin und anderen Städten sicherere Erfahrungen gewonnen seien. — Obgleich nun die Waterklosets an sich als ein im sanitären Interesse sehr wünschenswerther Fortschritt zu bezeichnen seien, habe der Magistrat doch insofern Recht, als die zur Zeit hier bestehenden Waterklosets in ihren Einrichtungen der Mehrzahl nach so mangelfhaft sind, daß der gegen dieselben erhobene Vorwurf, wonach sie zur Verpestung der hiesigen Straßen erheblich mit beitragen, begründet erscheine. In denjenigen Straßen, resp. Stadttheilen, deren Häuser vorzugsweise Klosetanlagen enthalten, werden erfahrungsmäßig die übelsten Gerüche wahrgenommen, es ist kontantirt, daß keine der vorhandenen Einrichtungen (Klosets-Sammelgruben, in welche außerdem die Ableitungsröhren einmünden; Sammelgruben, in welche außerdem die Ableitungsröhren aus Küchen und Badeeinrichtungen münden; Sammelgruben, in welche überdies noch das Regenwasser hineingeleitet wird) genügt, um die Einleitung von Stinkstoffen in den Klinkstein wirksam zu verhindern. Da demnach durch die hier bestehenden Waterklosets, welche nach der Straße abwählen, eine anhaltende Verunreinigung und Verpestung herbeigeführt wird, so ist, dem Antrage des Magistrats entsprechend, auf Grund der §§ 20 und 27 der Polizeiverordnung über den Verkehr auf den Straßen und die Reinigung und Reinhalting der Straßen der Stadt Posen vom 18. Februar 1873 seitens der Polizedirektion das Erforderliche schleunigst zu veranlassen, um die Kassierung sämtlicher Waterklosets-Anlagen vorzusehen. Ein solcher Art bis zum 1. Mai dieses Jahres herbeizuführen.

Bei diesem Resscripte der Regierung wird sich nunmehr, wie man hört, die hiesige Polizedirektion nicht beruhigen, sondern vielmehr die ministerielle Entscheidung nachzuführen.

## Staats- und Volkswirthschaft.

△ **Berlin**, 12. März. Nach einer Mittheilung der russischen Postverwaltung verkehren von jetzt ab zwischen Odessa und Konstantinopol wieder regelmäßig russische Postdampfer. Der deutsche Briefverkehr wird bis auf Weiteres ausschließlich durch diese Verbindung vermittelt.

\*\* **Königsberg**, 11. März. Die Befürchtungen, daß die Getreidezuflüsse von Russland noch längere Zeit stocken werde, scheinen grundlos gewesen zu sein. Von Sydlabener Seite trifft allerdings noch immer wenig Getreide hier ein, dagegen ist die Zuflöhr von Prostken wieder so stark geworden, daß noch ein Fakultätszug hat eingelegt werden müssen.

\*\* **Wien**, 11. März. Die Staatsbahnen hat eine außerordentliche Generalversammlung für den 13. April ausgeschrieben. Der Gegenstand der Verhandlung auf derselben ist Aufnahme einer Projektionen in Gold verzinblichen Anteile von 30 Millionen fl. Hieron sollen 15 Millionen verwendet werden zur Refundierung der Ausgaben, für den Erwerb der Arad-Temeswarer und der Brunn-Rossiger Eisenbahn, sowie zur Refundierung der durch die bisherigen Emissionen nicht bedeckten Bauauslagen der Choden-Brauner und der Temeswarer-Drosauer Bahn. Die übrigen später zu emittirenden 15 Millionen sind zum eventuellen Kauf und zum Bau von Eisenbahnstrecken im Anschluß an das alte Netz bestimmt.

\*\* **Wien**, 12. März. An der heutigen Abendbörse wurde seitens der Kreditanstalt das Gerüst, das in Prag ein Fallissement stattgefunden habe, bei welchem die Kreditanstalt beteiligt sei, mit dem Bemerkung für unbegründet erklärt, daß ihr von einem solchen Fallissement nichts bekannt sei.

## Vermischtes.

\* **Sterblichkeit und Krankheiten.** Gemäß den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamts sind in der 9. Jahreswoche von je

1000 Bewohnern, auf den Jahresdurchschnitt berechnet, als gestorben gemeldet: in Berlin 27.1., in Breslau 30.0., in Königberg 1.8. 37.3., in Köln 27.7., in Frankfurt a. M. 28.9., in Hannover 22.5., in Kassel 35.0., in Magdeburg 25.9., in Stettin 26.5., in Altona 32.0., in Straßburg 32.6., in München 42.9., in Nürnberg 37.9., in Augsburg 48.3., in Dresden 24.0., in Leipzig 24.0., in Stuttgart 29.0., in Braunschweig 32.5., in Karlsruhe 22.7., in Hamburg 30.3., in Wien 34.1., in Budapest 41.7., in Prag 43.9., in Triest 44.8., in Basel 13.6., in Paris 28.1., in Amsterdam 28.0., in Copenhagen 23.9., in Stockholm 21.6., in Christiania 20.8., in Petersburg 61.8., in Warschau 31.3., in Odessa 30.4., in Bukarest 52.5., in Rom 28.2., in Turin 39.2., Athen 31.2., in Lissabon 35.2., in London 23.9., in Glasgow 23.8., in Liverpool 30.4., in Dublin 32.8., in Edinburgh 27.4., in Alexandria (Ägypten) 35.8., in New-York 24.6., in Philadelphia 18.2., in Boston 18.7., in Chicago 14.4., in San Francisco 16.3., in Calcutta 36.4., in Madras 90.3. In der Berichtswoche herrschten an den meisten deutschen Beobachtungsstationen westliche und südwestliche Windrichtungen vor, die nur gegen Mitte der Woche in Berlin, Bremen, Köln vorübergehend mit nordöstlichen Luftströmungen abwechselten. Die Temperatur der Luft war eine milde. Niederschläge fanden, besonders in der zweiten Wochenhälfte, reichlich statt. Der Gang des Barometers war ein schwankender, von meist sinkender und nur am Wochenschluß etwas steigender Tendenz. Die Gesamtsterblichkeit in den deutschen Städten erscheint gegen die vorhergehende Woche erheblich gesteigert. Die Sterblichkeitsverhältniszahl stieg von 28.0 auf 29.0 (auf 1000 Bewohner und auf Jahr berechnet) und weist eine bedeutende Zunahme der Säuglingssterblichkeit (besonders in Berlin) und eine geringe Abnahme der Sterblichkeit unter den höheren Altersklassen auf. Unter den Todesursachen traten die Infektionskrankheiten vergleichsweise etwas weniger häufig auf, als in der vorangegangenen Woche, nur der Keuchhusten forderte in Berlin, Hamburg und namentlich in London viel Opfer aus der Kinderwelt. Scharlachfieber, oft in Verbindung mit typhoïdischen Erkrankungen, zeigte einen Nachlaß, doch erscheinen sie noch häufig in Berlin, Wien, Paris, Königberg, München, Leipzig, Pest u. a. D. als Todesveranlassung. Der Unterleibsyphus tritt in Deutschland zur Zeit an keinem Orte als größere Epidemie auf. Aus Königshütte wird ein Todesfall mit Fleckyphus gemeldet. Heftig grässliche Typhus aller Art in St. Petersburg und Bukarest. In Hof kam ein Todesfall an Trichinosis vor. Darmfaktarie der Kinder veranlaßten in München, Königberg, Straßburg und besonders in St. Petersburg zahlreiche Todesfälle. Der Bonopeneidemie in London erlagen in der Berichtswoche wieder 54 Personen; auch in Wien und St. Petersburg sind Blattern tödliche wieder häufiger, in Pest, Prag, Triest, Warschau und Barcelona festener geworden.

\* Ein bestialischer Mord setzte am Donnerstag die Bewohner des Berlin benachbarten Rixdorf in die größte Aufregung. Der Maurer Braun aus Berlin und der Zimmermann Wolff in Rixdorf, Bergstraße 92 wohnhaft, arbeiteten daselbst beide auf einem Bau. Am Mittwoch hatten beide wegen einer geringfügigen Sache einen Streit, der indessen von Mitarbeitern und zwar zu Gunsten des Braun, der im Rechte sich befand, geschlichtet wurde. Beide arbeiteten an dem Tage ruhig bis zum Abend weiter. Am Donnerstag Nachmittag trat Wolff an Braun, der auf dem Gerüst an einem Fenstergesims mit Bügeln beschäftigt war, heran und verlangte von diesem einen Arbeiter zum Schleifen seiner Art. Dabei erklärte er demselben, "Einen Sieb soll die Art noch machen, aber der soll gut sein." Braun gab ihm einen Arbeiter, der den Schleifstein drehen sollte und Wolff machte sich nun in größter Seelenruhe an das Schleifen. Sobald er hiermit fertig und die Art fast haarscharf war, stieg er wieder auf das Gerüst, auf welchem Braun noch vor dem Gesims bei der Arbeit saß. Wolff trat an ihn heran, zeigte ihm die Art mit den Worten: "Nun sieb Dir mal die Art an, ob sie scharf ist?" Er trat dann einen Schritt zurück, hob die Art über seinen Kopf und schlug die Hiebfläche derselben mit voller Kraft dem Braun in den Hirnschädel, so daß dieser sofort, ohne einen Laut von sich zu geben, zusammenbrach. Es wurde soebach ein in der Nähe wohnender Heilgeistler bergeholzt, der dem Unglücklichen, der eine 3 Em. tiefe, von der Stirn bis zum Hinterkopf gehende Wunde zogte, den ersten Verband anlegte. Der inzwischen berügerne Arzt erklärte die Verlegung mit hoher Wahrscheinlichkeit für tödlich und ordnete den sofortigen Transport Braun's nach Bethanien an, wo Legester kurze Zeit nach seiner Einlieferung den Geist aufgab. Wolff wurde noch auf dem Bau von einem berbeigeholten Gendarmen verhaftet und folgte demselben, ohne Zeichen der Reue zu äußern, ins Amtsgefängnis. Die Einsamkeit scheint indessen bereits Eindruck auf ihn gemacht zu haben, denn am Freitag Mittag sah er, das Taschentuch vor das Gesicht gepréht, weinend in seiner Zelle. Der Mörder sowohl wie sein Opfer sind Familienväter. Der Erschlagene wird allgemein als ein sehr ruhiger und ordentlicher Mensch geschildert und erregt sein Schicksal um so mehr Theilemame. Wolff ist am Sonnabend zum Untersuchungsarrest des Berliner Kreisgerichts eingeliefert worden. (Föhl.)

\* Der Bonbonfabrikant Franz Schulz, in der Jüdenstraße zu Berlin hatte bekanntlich verfälschtes Chocoladenpulver verkauft. Das Chocoladenpulver enthielt alle möglichen Ingredienzen, nur keine Chocolade, wofür das Kriminalgericht ihn wegen Lebensmittelverfälschung zu 100 Mt. Geldbuße verurteilte. Franz Schulz führt als Bonbon- und Chocoladenfabrikant auch den Titel und das Wappen eines Hoflieferanten des Prinzen Friedrich Carl. Raum hatte der Prinz

Kenntnis von dieser Verurteilung wegen Lebensmittelverfälschung erhalten, als er Befehl ertheilte, sofort dem Schulz das ihm ertheilte Präsidat zu entziehen. So mußte auf polizeiliche Anordnung Herr Schulz am Sonnabend Abend sein Schild als Hoflieferant und das dazu gehörige Wappen von der Thüre entfernen. (Föhl.)

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Bosen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 13. März. Die heutige Sitzung des Herrenhauses verließ ohne allgemeines Interesse. — Der Reichstag erledigte Wahlprüfungen und Petitionen, wobei der Bundeskommissar noch für den Lauf der Session einen Gesetzentwurf über die Revision des Servicetarifes in Aussicht stellte. Ein Antrag Liebknecht's auf Beurlaubung des inhaftirten Abgeordneten Bebel und Änderung des Artikels 31 der Verfassung wurde abgelehnt. Der Antrag Kapp's, betreffend die Beförderung der Auswanderer nach außerdeutschen Ländern wurde einer vierzehnständigen Kommission überwiesen. Der Reichslanzieramtspräsid. hatte ein Bedürfnis, den Auswanderern größeren Schutz zu gewähren als denselben schon durch die Auswanderungskommissionen geboten werden, verneint und sich gegen die Freigabe des Auswanderungs-Agenten-Gewerbes erklärt, weil die Regierung auf das Recht, die Agenten zu beaufsichtigen, nicht verzichten könne. Der Antrag Bimmermann's, betreffend die Herbeiführung einer Übereinstimmung des Wechselseitigsteuer-Gesetzes mit der neuen Gesetzgebung wurde nach kurzer Debatte angenommen. Unmittelbar nach dem Sitzungsschluß fand eine zweite Sitzung statt, worin die Gerichtslostengesetze in erster Lesung einer 21gliedrigen Kommission überwiesen wurden. Nächste Sitzung am 21. d. M.

Der heutigen Nummer ist eine Extra Beilage, Preis-Courant der Bremer Cigarrenfabrik des Hoflieferant Julius Schmidt, en-gros-Lager für den Zollverein in Hannover, beigelegt.

## Bekanntmachung.

Bei den in der Woche vom 4. bis 9. März d. J. unermüdet vorgenommenen polizeilichen Revisionen der zum Verkauf feilgehaltenen Milch, hat nach der Greiner'schen Milchwaage die Milch gemogen:

### A. in den Verkaufsstellen:

Breslauerstraße Nr. 20 22 Grad, Breslauerstr. Nr. 31 20, Wasserstr. Nr. 14 20, Jelzinsstr. Nr. 9 19, Schuhmacherstr. Nr. 14 20, Schuhmacherstr. Nr. 16 20, Schuhmacherstr. Nr. 20 21, Kl. Gerberstr. Nr. 6 19, Bäckerstr. Nr. 18 19, Bäckerstr. Nr. 19 20, Gartenstr. 13b 20%, Wiesnstr. Nr. 5 19 1/2, Wiesnstr. Nr. 3 20, Gr. Ritterstr. Nr. 11 20, Mühlenstr. Nr. 39 19 1/2, Königstr. Nr. 21 19 1/2, Wallischei Nr. 71 21, Wallischei Nr. 73 20, Wallischei Nr. 82/83 21, Wallischei Nr. 85/86 20 1/2, St. Martin Nr. 2 20 1/2, St. Martin Nr. 27 21, St. Martin Nr. 33 20 1/2, St. Martin Nr. 55 19 1/2, St. Martin Nr. 60 19, St. Martin Nr. 69 20 1/2 Grad.

### B. bei den Wirkten:

Johann Roth aus Ober-Wilda 21 Grad, Konzki aus Ober-Wilda 18 1/2, Paetz aus Ober-Wilda 19, Bartuszewski aus Ober-Wilda 20, Albert Remlein aus Winiary 20 Grad.

Indem ich dieses Resultat zur öffentlichen Kenntnis bringe, bemerke ich zum besseren Verständniß, daß diejenige Milch, welche einen Wert von 20 Grad hat, nur 15 Grad wiegt und als absichtlich gefälscht, polizeilich angesehen und konfisziert wird, daß dagegen die Güte der Milch eine höhere ist, je schwerer die Milch wiegt.

Posen, den 11. März 1878.  
Der Polizeipräsident  
J. B.  
Schön.

## Bekanntmachung.

Am Dienstag, den 26. d. M., Vormittags 10 Uhr, werden bei der Ober-Postdirektion hierelbst einige alte Eisen, eine Partie alter Ledertaschen, Waagen, 60 Lattengefelle, Schwarzwälder Uhren u. meistbietend verkauft werden.

Posen, 12. März 1878.  
Der Kaiserliche Ober-Post-Direktor.

Dem Gütsbesitzer v. Malczewski auf Swinary hat sein Bedienter, Vorname Thomas (etwa 5' 4" groß, 25 Jahre alt, schlank, braunhaarig, mit kleinen blonden Schnurrbart) folgende Sachen gestohlen: je einen brauen Filzhat, schwarzen Leibrock, Überpelz: 5 komplette Herrenanzüge; je 12 silberne Schlüssel, Gabeln und Theelöffel mit dem Zeichen A. R.; je 12 silberne Theelöffel und Gabeln aus Alsenide mit dem Zeichen A. M.; einen kleinen silbernen Leuchter mit dem Zeichen A. M.; einen silbernen Theelöffel mit dem Zeichen M. G.; 2 Alsenide-Kaffeekannen und einen kleinen Alsenide-Leuchter ohne Zeichen. Ich eruche den Dieb mit der Sache festzunehmen und dem biefigen Herrn Untersuchungsrichter vorzuführen — ad Gn. 413/78.

Quesen, den 12. März 1878.  
Königl. Staats-Anwaltschaft.  
(Beilage.)

## Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Golm, Kreis Schröda sub Nr. 5 belegene, im Grundbuche desselben Band 1 Blatt 5 sogen. eingetragene, den Ackerwirth Amalie verwitwet gewesene Trinkus geb. Schön und Julius Wittke'schen Eheleuten zu Golm Dorf gehörige Grundstück, dessen Besitztitel auf den Namen derselben berichtet steht, und welches mit einem Flächeninhalt von 26 Hektaren 71 Acre 50 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und zur Rechtsanwaltskosten vertrag von 112,51 Thlr. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzungswerte von 69 M. veranlagt ist, soll im Wege der nothwendigen Subhaftstation vorgelegt werden.

den 20. Mai d. J.

Nachmittags um 3 Uhr, im Lokale der Gerichtsstags-Kommission zu Badewitz versteigert werden.

Schröda, den 7. März 1878.

Königl. Kreisgericht.

Der Subhaftations-Richter.

Konkurs-Öffnung.

Königliches Kreisgericht

Erste Abtheilung,

zu Bromberg.

Bromberg, den 11. März 1878,

Vormittags 11 1/2 Uhr.

Über das Vermögen des Mühlenbauers Julius Neuendorff zu Bromberg ist der gemeine Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der Kaufmann Adolf Thiel zu Bromberg bestellt. Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 23. März 1878 Vormittags 11 Uhr, vor dem Kommissarius Herrn Kreisrichter Goldschmidt im neuen Gerichtsgebäude anberaumten Termine die Erklärungen und Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters und Verwaltungsrathes abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben. Nichts an denselben zu verabsolten oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Geigenstände bis zum

1. April 1878 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebenso zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

30. April 1878 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 25. April 1878 Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissarius Herrn Kreisrichter Goldschmidt im neuen Gerichtsgebäude zu erscheinen.

auf den 16. Mai 1878, Vormittags 11 Uhr,

vor dem oben genannten Kommissar Terminszimmer Nr. 38 zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich einreicht, hat eine Abdrift derselben und ihrer Anlagen beizufügen.

Nach Abhaltung dieses Termins wird geeignete mit der Verhandlung über den Allord verfahren werden.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muß bei der Anmeldung seiner Forderung einen am hiesigen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Rechtsanwaltsfach fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizrat Brachvogel und Rechtsanwalt Stiegert hier zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Posen, den 11. März 1878.

Königliches Kreisgericht.

Erste Abtheilung.

Posen, den 11. März 1878,

Nachmittags 5 Uhr.

Über das Vermögen des Handelsmanns Wolf Maser zu Schmiegel ist der kaufmännische Konkurs im abgekürzten Verfahren eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 11. März 1878 festgesetzt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Masse ist der pensionierte Bureau-Assistent Wohlbrück in Schmiegel bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem auf

den 21. März 1878 Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissarius Herrn Kreisrichter Goldschmidt im neuen Gerichtsgebäude anberaumten Termine die Erklärungen und Vorschläge zur Bestellung des definitiven Verwalters und Verwaltungsrathes abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben. Nichts an denselben zu verabsolten oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Geigenstände bis zum

1. April 1878 einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Masse Anzeige zu machen und Alles mit Vorbehalt ihrer etwaigen Rechte, ebenso zur Konkursmasse abzuliefern. Pfandinhaber und andere mit denselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Diejenigen, welche die Masse Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, dieselben mögen bereits rechtshängig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht bis zum

30. April 1878 einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gedachten Frist angemeldeten Forderungen sowie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungspersonals auf

den 25. April 1878 Vormittags 11 Uhr,

vor dem Kommissarius Herrn Kreisrichter Goldschmidt im neuen Gerichtsgebäude zu erscheinen.

auf den 16. Mai 1878, Vormittags 11 Uhr,

vor dem oben genannten Kommissar Terminszimmer Nr. 38 zu erscheinen.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Podlozkno unter Nr. 1 belegene den Stanislaus und Severina geb. Plachyska'schen Eheleuten gehörige Grundstück, welches mit einem Flächeninhalt von 9 Hektaren 47 Acre 70 Quadratmeter der Grundsteuer unterliegt und mit einem Grundsteuer-Reinertrag von 91 Mt. 53 Pf. veranlagt ist, soll behufs Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Subhaftstation am

den 13. Juni d. J., Vormittags um 10 Uhr,

im neuen Gerichtsgebäude, Wilhelmstraße, Zimmer Nr. 29 versteigert werden.

Posen, den 23. Februar 1878.

Königliches Kreisgericht.

Der Subhaftations-Richter.

Kehl.





**Montag, d. 18. d. 18.**  
bringe ich wieder mit dem Frühzuge einen großen Transport frischmühlender Neubrücker **Rübe** nebst **Kälbern** in **Keilers Hotel** zum Verkauf.

J. Klaasow, Viehlieferant.

## Die Wollwäscherei

von Carl Helme in Rothenburg a. Oder,

Knotenpunkt der Märkisch-Posen u. Breslau-Schweidnitz-Freiburger Eisenbahn, übernimmt auch dieses Jahr unter bekannten Bedingungen jedes Quantum Wolle zur fabrikmäßigen Wäsche, vermittelt den Verkauf der gewaschenen Wolle gegen Baar, sowie auf Wunsch deren Belebung. — Sämtliche Wollen lagern gegen Brandschaden versichert in der Anstalt. Aufzehrung und Lagergeld wird nicht berechnet.

Säcke zur Schmutzwolle stehen gratis zur Verfügung und jede weitere Auskunft wird bereitwillig erteilt.

## Die landwirthschaftliche Dorfzeitung.

Herausgeber: Generalsekretär Kreis in Königsberg i. Pr., beginnt demnächst das 2. Quartal ihres 15 Jahrgangs.

In schlichter gemeinförmlicher Sprache geschrieben, ist die Dorfzeitung, wie ihre weite Verbreitung es beweist, ein treuer Freund und Berater des kleinen Landwirths in Haus und Hof.

Abonnement zu 75 Pf. pro Quartal bei allen Postanstalten (Postzeitungskatalog pro 1878 Nr. 2351.)

Meinen geehrten Kunden zur gefälligen Nachricht, daß sämtliche vorrätigen, darunter auch die von auswärts gekauften

### Fleischwaren

nochmals und gründlich von einem amtlich dazu bestellten Fleischbeschauer untersucht und als trüghafte befunden worden sind. Als Beweis hierfür mögen an den Schinken u. s. w. angebrachten Etiquettes dienen. Um ferneren Zuspruch bitten:

Samter, d. 12. März 1878. Hochachtungsvoll ergebenst

Osw. Jänicke, Fleischmeister.

## Carl Ribbeck, Weingroßhandlung,

Vertreter des Hauses H. & C. Balaresque, Bordeaux, empfiehlt unter Garantie der Echtheit und absolut chemischen Reinheit

**Rothe und Weisse Bordeaux-Weine**, in Flaschen und Gebinden zu Originalpreisen.

Ebenso direkt bezogene **Burgunder, Champagner, Spanische u. Portugiesische Weine, Cognac, Arao, Rum, Rhein- u. Moselweine.**

Engros-Lager und Detailverkauf | Friedrichstraße 22, Posen. Wein- resp. Probirstube

### MATTONI

## OFNER KÖNIGS-BITTERWASSER

wird von den ersten medicinischen Autoritäten des In- und Auslandes gegen **habituelle Stuholverhaltung** und alle daraus resultirenden Krankheiten ohne irgend welche üble Nachwirkung, auch bei langerem Gebrauche, auf das Wärmetafel empfohlen.

**MATTONI & WILLE**, k. k. österr. Hoflieferant.

Besitze der 6 vereinigten Ofner Königs-Bitter-Quellen.

Curvorschriften und Brochuren gratis.

**BUDAPEST**, Dorotheagasse Nr. 6.

Depot in jeder grösseren Mineralwasserhandlung des In- und Auslandes.

**Man annoncirt**

am zweckentsprechendsten, weil man sich bei Ausgabe der Blätter der für den angezeigten Zweck wirksamsten und des vortheilhaftesten Arrangements jeder Anzeige versichert halten darf;

**bequemsten**, weil man der Correspondenz mit den einzelnen Zeitungen überhoben ist, auch nur ein es Manuskript bedarf,

**billigsten**, weil man Porto, Postwuchs-, Nachweis- und wenn man eine Anzeige, statt sie den Zeitungen direkt zu behandeln,

der Annoncen-Expedition

von

**Haasenstein & Vogler**,

in

**Breslau**,

in Posen vertreten durch **Nathan L. Neufeld**,

St. Martin 1,

zur Vermittelung übergebt, welche nur die Original-Zeilenspreize jeder Zeitung berechnet, auch für Offerten-Annahme keinerlei Gebühren in Ansatz bringt.

Elegantes Spazier- und gutes

Reise-Zuhörwerk empfiehlt billigst

**Emmerich**,

Droschen-Anstalt.

Bronnerplatz 6, Ecke der K. Gerberstr.

Gewandselfst ist der Dünger von

12 Pferde vom 1. April c. zu ver-

Frischen Zander, Algierer Blumenkohl, Kieler Sprotten, Kieler Speckflocklinge

empfiehlt

**S. Samter jun.**,

Wilhelmsplatz.

## Für Biegelseien

und Fenerungsanslagen.

Nur kurze Zeit gebraucht, vollständig gut erhalten. **Kessel-Rosse**

mit zwei Rosshälften 7½ Zoll

Spielraum (Gewicht 375 Kilo) sind billig

zu verkaufen in der Hofbuchdruckerei

von **W. Döcker & Co.** Posen.

15 unb 2 Zoll weit, öffnet zu zeitgemäßen Preisen die Biegelsei Naclaw

zu Kosten. Näheres durch Herrn

Bieglei-Inspektor Górski in Kosten.

50,000 Drainröhren,

1½ unb 2 Zoll weit, öffnet zu zeit-

gemäßen Preisen die Biegelsei Naclaw

zu Kosten. Näheres durch Herrn

Bieglei-Inspektor Górski in Kosten.

2. große Pferde-

Verloosung

in Nowrażlaw.

Ziehung am 17. n. M.

Hauptgewinn W.

10,000 Mark.

Loose à 3 Mark, empfiehlt A. Molling, General-Débit, Hannover.

Echte Harzer

Kanarien-Weibchen,

sind per Stück 1,50 Mk. noch abzugeben. Mühlenstr. 34, Thorengang, 2. Etage rechts.

Frische Blundern, Küllinge,

Sprotten, Lachs, Kal empfiehlt A. Urbanowicz, Wasserstr. Nr. 25.

Fische! Leb. Deutsche, schönste Zander

u. Barsch, Donnerf. Ab 4½ u. billiger b. Kletschoff. Bestellungen in allen Sorten Seefischen, frischen Lachs, Steinbutten, leb. Hummers u. werden aufs Punkt. u. Billig. effektuirt. Kletschoff.

Aus! Hochfeine frischeste Tafelbutter u. hoch. f. z. Sahnläuse, eigene Fabrik, billigst, echten gelben saftigen gefüllten Schweizer-Käse billigst, ebenso saft. Weiss-Citronen, hochrothe frische Hinterbein-Apfelsinen, Alziger-Blumenkohl, bestes Backfisch, sowie hoch. russ. Caviar, frischen starken Räucher-Lachs, Kieler Sprotten, empfiehlt gut aufs billigte. Kletschoff, Krämerstr. 12.

Tarnowwoer

Brodniederlage

9. Bergstraße 9.

empfiehlt täglich frisches schwachfastes Brot zu 1 Mark und halben 50 Pf. bei Frau Amalie Wuttke, Wasserstr. 8/9.

2 Stub. und Küche für 80 Thlr. u. mehr. Wohn. Büttelstr. 8 z. verm.

Eine Restauration ist weg an der weiteren Unternehmungen sofort zu vermieten. Näheres in der Zigarrenhandlung, Krämerstr. 18/19.

Hinterwallischei 7 ist per 1.

April im Parterre und 1. Stock je eine Mittelwohn., best. aus 2 Stuben, z. v. Parterre-Wohnung, 5 Bim.

Für Intendantur- oder Eisenbahne

Beamte ist in der Nähe des Berliner Thores ein möblirtes Parterre-Zimmer zu vermieten. Das Nähere in der Exped. d. Btg.

Küche ic., Mühlenstr. 26 zu verm.

Neustädter Markt 10

findt in dem vollst. umgebauten Hause

Wohnungen von 6 Zimm. nebst Zubeh.

Best. Alle Rahmen billigst. vom 1. April zu vermieten.

Anton Dorschfeldt,

Firmenmaler und Blechsackler, Große Gerberstr. 35.

Eleg. Garconwohnung,

möblirt oder immobliert zu vermieten

vom 1. April Breslauerstr. 31.

Graben 17

Wohnung von 3 Stuben 1. Etage v.

1. April c. zu vermieten.

Großer Garten

zu verpachten Graben 17.

Wasserstraße 25

Ist zum 2. April c. ein Laden zu vermieten. Nähe-

res Markt 50.

Wohnungen

von 2 bis 6 neu eingerichtete Zim-

mer sind Langest. 8 vom 1. April c.

zu vermieten. Näheres beim Prof.

Szafarkiewicz, Breslauerstraße 9.

Grünstr. 1 sind herrschaftliche

Wohnungen zu vermieten.

Zum 1. April c. St. Martin 18

herrschaftliche Wohnungen zu ver-

mieten. Näheres da. Parterre rechts.

Albert Siebert.

Magenkrampf

wird sofort und sicher besiegt

durch magenkärenden

Ingwer-Extract

Aug. Urban in Breslau,

in Flaschen à 20 und 10 Sr.

bei Ed. Beckert jun. in Posen.

Schloßstr. 2 part. billig 1 Geschäftsl.

u. 2 grohe Zimmer, Küche jetzt

Weizwaag. Wirth 1 Tr. 10—3 Uhr

zu verm.

Wohnungen von 3 Stuben p. 1. April

zu verm. Breslauerstr. 9.

gesucht,

wo ihm Gelegenheit geboten wird, sich

gründlich in Buchführung u. Korrespondenz

auszubilden. Öff. sub G. 1982

beford. das Annoncenbüro Grüter,

Breslau.

## Wirth in Factorowo besetzt.

Ein junger verheirath. Mann (Schlosser), der schon mehrere Jahre als Lokomotiv-Helfer auf der Königl. Bahn fungirt hat und mit Reparaturen Bescheid weiß, sucht eine Stellung in einer verhältnismässigen Fabrik anlage oder sonst in passender Branche als Maschinen. Offerten unter A. B. an

Dr. Schaeffer & Co., Landsberg a. W.

Junge Mädchen,

welche hiesige Schulen oder das Seminar besuchen wollen, finden gute Pension und Klavier. Zu erfahren in der Expedition.

Ein Rechnungsführer

für das Dom. Sklarecze bei Orchowo wird gesucht. Die hierauf Restellenden können sich schriftlich unter Beifügung ihrer Originalzeugnisse melden. Der Anstellende muss volle Kenntnis der polnischen und deutschen Sprache haben, in der Buchführung sicher sein und eine gute saubere Handchrift schreiben. Gehalt nach Leistungsfähigkeit.

Lütige Wirthinnen, Mädchen zu aller Arbeit, Haushälter empfiehlt Ballenstädt, Breslauerstr. 14. Eine Maschinen-Näherin wird gesucht Schloßstr. 83 2. Etage links.

Ein Lehrling der die Bäckerei erlernen will, kann sofort e